AGORA
FULDA

ZEITUNG FÜR MEINUNGSVIELFALT, KREATIVE KRITIK UND SATIRE

Ausgabe 11 | Nr. 01/2017 | kostenlose Verteilung

Editorial

Liebe Leserinnen,
liebe Leser der AGORA,

Haben Sie auch schon nach der neuen Ausgabe der AGORA Ausschau gehalten? Es ist ja tatsächlich schon eine Weile her, seit die letzte erschien. Passiert ist seither viel - in der Welt und hier vor Ort. Und einiges davon hat uns zunächst ein wenig sprachlos gemacht. Doch untätig blieben wir, die Redaktion dieses jungen Blättchens, nicht. Vielmehr haben wir ein neues Thema ins Auge gefasst: Die Stadtentwicklung.
Anlass gab uns dazu die Bekanntgabe der Stadtverwaltung, die Gartenanlagen um den Waidesgrund neuen Bauvorhaben zu opfern. Erst empfanden wir Ohnmacht, dann Wut und nun den nötigen Biss, zu beleuchten, wie in Fulda Stadtentwicklung verstanden wird. Wir wollten uns ansehen, wie Bürger an Planungsprozessen beteiligt sind. Dazu haben wir den Stadtbaurat mit seinem Team interviewt. Das Ergebnis, das wir Ihnen weitestgehend unkommentiert darstellen, finden Sie auf den Seiten 4 und 5.
Mit einem Blick über den Tellerrand wollten wir schauen, wie sich in anderen Städten Bürger in der Stadtentwicklung engagieren. Wir haben uns von den vielen kreativen und effektiven Methoden, die eine direkte Bürgerbeteiligung ermöglichen, begeistern lassen. Wenn man sieht, wie qualitätvoll sich Städte entwickeln, wenn Bürger sich einbringen, erstaunt es, wie rückständig Fulda in dieser Hinsicht ist. Nicht auszudenken, was unserer Stadt fehlen würde, wenn es die engagierten, künstlerischen, schrägen, anpackenden, vielfältigen Menschen der L14 nicht gäbe, die ein – für die Region einzigartiges – kulturelles Soziotop geschaffen haben, das nun in Gefahr geraten könnte, Investoreninteressen zum Opfer zu fallen. Interessen, die unter der leeren Hülle einer repräsentativen Demokratie der Ausdruck Weniger, meistens Wohlhabender sind.
Doch die Entwicklung einer Stadt ist die Aufgabe aller Menschen, die sie bewohnen.

Gemeinsame Visionen entwickeln und sie umsetzen, dazu hat die Redaktion der AGORA einen Aufruf gestartet. Es ist natürlich eben nicht alles schlecht in Fulda. Und unsere Kritik versteht sich immer aufbauend auf der Frage: „Wie könnte es auch noch sein, wenn es anders wäre?“

Und genau aus diesem Grund freuen wir uns, Ihnen nun eine weitere AGORA zum Lesen zu geben.

Bleiben Sie aktiv!
Die Redaktion

Investor verärgert!

Ein Beitrag von Alexander Sust

Fotomontage: AGORA

Verärgert, sehr verärgert war der Fürstabt. Diese sturen Mönche! Er hatte sich schon in seiner Kutsche den Schlossgarten hinaus durch das liebliche Waidestal zu seiner neuen Sommerresidenz fahren sehen. Fulda zu seinen Füßen und die Stadt hätte, einer neu angelegten barocken Achse entlang, hinauf geblickt zu Prunk und Herrlichkeit zwischen Rauschenberg und Petersberg.

Aber nein! Mit seiner vermaledeiten Halsstarrigkeit vereitelte der Konvent seine kühnen Pläne, mit denen er das Gesicht der Stadt wahrlich verändert hätte. Das Land gehörte nun einmal dem Kloster und er brauchte dessen Einverständnis. Doch die paar Ziegen und Schafe, die dort ihre Weiden hatten, waren den Mönchen wohl wichtiger.
Seit Jahrhunderten schon versorgte das Hofgut Ziehers, von dem die Stadtplanung der Moderne nichts übrig ließ außer dem Namen und einer alten Gartenmauer, mit seinen ausgedehnten Äckern und Weiden das Kloster.

Beleidigt verzog sich Fürstabt Adalbert von Dalberg in sein Jagdschlösschen Fasanerie bei Eichenzell außer Blickweite der Stadt und ließ dieses in der Folgezeit aufwändig zu seinem neuen Sommerschloss umgestalten.

Kein Acker für Wohnsiedlungen

Wir wissen nicht, was die Mönche des Klosters damals dazu veranlasste, ihrem Abt und Fürsten die Stirn zu bieten. Es liegt aber nahe, dass sie dabei um den Verlust der Flächen besorgt waren, von denen sie sich ernährten. Die Domäne Ziehers gehörte zu den wichtigsten Gütern des Klosters. Noch bis 1955 kamen die Flächen nicht für eine Ausdehnung der Stadt infrage. Erst Ende der 50er Jahre blickte man mit neu erstarktem Selbstbewusstsein in die Zukunft und warf alle Sorgen in den Wind, die fruchtbaren Böden könnten dereinst noch einmal zum Stillen des Hungers gebraucht werden. Erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die Erinnerung an den Nahrungsmangel der Nachkriegszeit kaum ein gutes Jahrzehnt alt war. Noch 1947 hatte die hessische Regierung den Verkauf der Domäne unter der Maxime „Kein Acker für Wohnsiedlungen“ abgelehnt.

Heute sieht die Welt anders aus

Wer heute in Deutschland mit Stadtplanern über mögliche Ernährungsengpässe sprechen möchte, wird wohl eher auf ein mildes Lächeln stoßen, als auf ein offenes Ohr. Unstillbaren Hunger kennen sie nur von Investoren und zwar auf immer mehr Bauland. Der Flächenverbrauch wächst, obwohl die Bevölkerung schrumpft. Beim Abwägen unterschiedlicher Interessen scheint das Interesse des Großkapitals stets das beste Argument in der Hand zu haben. Doch selbst die Banken warnen vor einer neuen Spekulationsblase bei Immobilien. Die Commerzbank kommt jüngst zu der Einschätzung, dass Wohnungen und Häuser derzeit schon zehn Prozent zu teuer sind; und der Trend geht weiter. Wer hier „HALT!“ ruft, wird nicht für voll genommen – eher dafür gehalten.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Auf der anderen Seite verpflichten sich immer mehr Städte- darunter auch Fulda- zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Diese ist eines der 17 großen Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung (SDGs), die unter Führung der Vereinten Nationen 2015 international vereinbart wurden.
Auch die Bundesrepublik Deutschland hat sich dazu verpflichtet, „bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger zu gestalten und die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung (...) zu verstärken“. Wie dieses Ziel in Fulda umgesetzt wird, hängt maßgeblich von uns Bürgern ab. Wir müssen gemeinsam mit den Verwaltungsebenen eine neue Planungskultur einüben, welche die gesteckten Ziele auf den konkreten Fall herunterbricht. Wir dürfen nicht müde werden zu fragen, welche Folgen unser Handeln für uns, unsere Kinder und Enkelkinder hat, und unsere Entscheidungen konsequent danach ausrichten.

Wir können uns dabei ein Beispiel an den alten Mönchen nehmen und zu den Großen und Mächtigen sagen:

„Baut eure Residenzen, aber verbaut mit ihnen nicht unsere Zukunft!“

Inhalt der Ausgabe

Neun Mahlzeiten bis zur Anarchie	S. 2	Fukushima - 6 Jahre	S. 8
Barock statt Grün	S. 2	Im Schatten des Shredder	S. 9
Visionen einer Stadt	S. 3	Briefe aus der Redaktion	S. 9
Dünger für die Planungskultur	S. 4-5	Pulse of Europe	S. 10
Hühnchen für alle	S. 6	Scheiß Radfahrer!	S. 11
Folgenschweres Vorgehen	S. 6	Naturdenkmäler und Naturschutz	S. 11
Vertreibung aus dem Paradies	S. 7	Wider die Wegwerfkultur	S. 11
Welcome to Schilda	S. 7		
Die Strompreislüge	S. 8	Die letzte Seite	S. 12

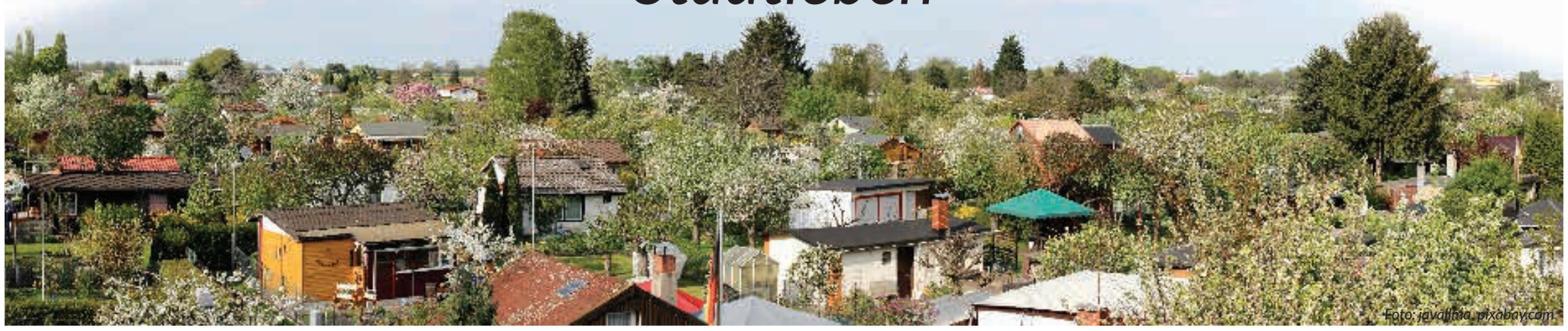


Foto: javalmia, pixabay.com

Neun Mahlzeiten bis zur Anarchie

Die Gärten an der Waides

Ein Beitrag von Dr. Wolfgang Hautumm

Seit Menschen begonnen haben in Dörfern und Städten zusammenzuleben, haben sie sich über die beste Art und Weise, wie ihre urbanen Strukturen zu gestalten sind, Gedanken gemacht. Natürlich sind die Bedingungen und Anforderungen regional und historisch gesehen sehr unterschiedlich, und doch gibt es gewisse Merkmale, die stets wieder auftauchen.

Dazu gehören die Überlegungen, wie gesundes Wohnen aussehen kann, und welche Voraussetzungen dafür vorhanden sein müssen. So hatte zum Beispiel der antike Städteplaner Hippodamos von Milet genaue Vorstellungen davon, wie Straßenzüge angelegt und ausgerichtet sein müssen, damit optimale Luftverhältnisse in den Städten herrschen. Auch hat man große Anstrengungen unternommen, um ausreichend sauberes Trinkwasser in den Städten zur Verfügung zu stellen. Und man hat jahrtausendelang genauestens darauf geachtet, kein wertvolles Fruchtland zu bebauen, da man wusste, dass das Wohl und Überleben der Bewohner einer Stadt davon abhängig sein könnte. Im Mittelmeerraum, wo gutes Fruchtland kostbar ist, wird man kein altes Dorf finden, das wertvolles Frucht- und Gartenland bebaut hat. Ja, vielerorts wurden sogar große Anstrengungen unternommen, um innerhalb der Städte zusätzliche Gartenflächen anzulegen, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Da das Transportwesen früher nicht ansatzweise so wie heute ausgebaut war, war man auf den Eigenanbau von frischem Obst und Gemüse regelrecht angewiesen. In den Stadtgärten von Paris wurden noch vor 150 Jahren im Bezirk Le Marais von rund 8500 Gärtnern auf 1400 Hektar Land jährlich ca. 100.000 t Lebensmittel produziert. (Jennifer Cockrall-King: Food and the City – Urban Agriculture and the New Food Revolution, S. 83.) In Kriegszeiten war man sich der urbanen Landwirtschaft besonders bewusst, auch hier in Fulda. Die Gärten in den Straußwiesen und andere Gartenkolonien haben damals elementare Versorgungslücken geschlossen. Die meisten dieser Flächen sind inzwischen zerstört. Viele Fuldaer Familien haben die größte Not des Krieges durch ihren Eigenanbau von Lebensmitteln lindern können. Wer damals ein Hausschwein besaß oder gar eine Ziege hatte, einige Hühner oder Stallhasen, der war fein raus.
Solche früher gültigen Überlegungen sind heute vergessen oder scheinen irrelevant. Ist doch alles Quatsch, werden die meisten Menschen heute denken. Kaufen wir alles beim Discounter. Aber es gibt relevante Untersuchungen, die belegen, dass in heutigen Städten bereits nach drei Tagen Unterbrechung der Versorgung schwerwiegende Versorgungslücken der Bevölkerung auftreten. Neun Mahlzeiten bis zur Anarchie, das haben Studien in England ergeben. (Jennifer Cockrall-King: Food and the City – Urban Agriculture and the New Food Revolution, S. 29.) Die Versorgungslage unserer Städte ist höchst störanfällig und immer mehr Menschen ziehen in die Städte. Das muss berücksichtigt werden bei nachhaltiger Städteplanung. Niemand kann voraussagen, ob es solche Engpässe in der nahen Zukunft geben wird, ausgelöst durch Naturkatastrophen wie Erdbeben, Hurrikans oder Überschwemmungen, durch Kriege oder sonstige Fakten, die wir noch gar nicht auf dem Schirm haben. Nachhaltige Städteplanung muss deshalb alles tun, um wertvolles Fruchtland innerhalb der Stadtgrenzen zu erhalten. Insofern erscheint es mir völlig fehlgeleitet, über Jahrzehnte gewachsenes Fruchtland innerhalb der Stadtgrenzen ohne Not zu vernichten, vor allem auch noch vor dem Hintergrund, dass diese Gärten außerdem eine wesentliche Bedeutung für die Frischluftversorgung von Fulda besitzen. Noch haben gibt es hier keine Stuttgarter Verhältnisse, was die Luftqualität angeht, aber wenn wir so gedankenlos unsere wertvollen Ressourcen zerstören, sind wir nicht weit entfernt davon. Jeder Stadtplaner weiß, dass zusätzliches Parkangebot innerhalb der Stadt Verkehr magisch anzieht. Der Bau von weiteren Parkhäusern auf städtischem Grund ist deshalb eine Fehlentscheidung. Wozu wurde das Messegelände in der Fulda Galerie geplant, wenn es jetzt in die Innenstadt verlegt werden soll? Messe- und Kongressgelände sind über weite Strecken des Jahres totes städtisches Areal, solche Flächen gehören nicht in die Innenstädte. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Stadt Fulda ohne Not eine Kehrtwendung einleitet und wertvolles Kulturland zerstören will. Zumindest hat das Ganze ein Geschmäckle - will man vielleicht mit solchen Planungen den Interessen eines einzelnen Investors dienen, statt das Wohl der städtischen Bevölkerung vor Augen zu haben?

Ohne Befragung der Bewohner der Stadt dürfen solche weitreichenden Entscheidungen nicht getroffen werden.

Barock statt Grün?

Menschen und Bäume gehören einfach zusammen.
Ein Beitrag von Martina Fuchs

„Lasst uns unsere Zeit so gestalten, dass man sich an sie erinnern wird als an eine Zeit, in der eine neue Ehrfurcht vor dem Leben erwachte, in der nachhaltige Entwicklung entschlossen auf den Weg gebracht wurde und als eine Zeit der freudigen Feier des Lebens." (Erd-Charta, um die Jahrtausendwende).

Ich frage mich: Wie sieht es bei mir zu Hause in Fulda mit der Entschlossenheit zur nachhaltigen Entwicklung aus? Derzeit erhitzt in diesem Zusammenhang auch diese Frage diverse Gemüter: Wie wertvoll ist das städtische Grün der „Barockstadt im Grünen" tatsächlich?

Seit 2013 hat die Stadt Fulda ein Klimaschutzkonzept, mit gutem Grund - die weltweiten Klimaveränderungen werden auch um Fulda keinen Bogen machen, Barock hin oder her. Wir müssen derzeit davon ausgehen, dass es zu häufigeren und extremeren Wetterereignissen (Starkregen, extreme Hitzeperioden, lange Trockenzeiten) kommen wird. Daraus ergeben sich schnell einige Notwendigkeiten, um dem zu begegnen: Zum Beispiel müssen Grünflächen strategisch angelegt und gepflegt werden, sie werden als Versickerungsflächen, Frischluftkanäle und Frischwasserspeicher benötigt. Die gute Nachricht ist: das ist weder teuer noch kompliziert und wird die Lebensqualität in 15-20 Jahren dramatisch verbessern. Im Klimaschutzkonzept der Stadt Fulda werden zunächst grundsätzliche Ziele formuliert: „Flächensparendes Bauen, Revitalisierung von brachliegenden und untergenutzten Flächen in der schon besiedelten Stadt. Vorrang von noch nicht bebauten Grundstücken in schon erschlossenen Gebieten… Bewahrung des Baumbestandes und Pflanzung möglichst vieler neuer Bäume mit Entwicklung eines geeigneten Instruments zum Schutz des Altbaumbestandes…" (Auszug des Klimaschutzkonzepts Fulda). Neben den grundlegenden Zielen werden direkte und indirekte Maßnahmen beschrieben, z.B.: „Die indirekten Maßnahmen, die der FNP (Flächennutzungsplan) zum Klimaschutz leistet und leisten kann, sind die Sicherung innerörtlicher Grünflächen sowie von Waldflächen, die als CO2-Speicher dienen und in erheblichem Umfang zur Frischluftproduktion beitragen…".
Das klingt gut! Hier zwei Beispiele, wie in den letzten Jahren mit diesen o.g. Zielen umgegangen wurde.

1) Baukomplex Galgengraben:
Hier soll, mit ausdrücklicher Zustimmung des Oberbürgermeisters, neben der bereits gemäß Bebauungsplan voll bebauten Fläche auf dem ehemaligen „Ulrichgelände" auch ein mehr als 1000 m² großer Teil des öffentlichen Parks am Galgengraben verkauft und bebaut werden. Eine Oase, die bisher Erholungssuchenden und der Pflanzen- und Tierwelt zur Verfügung steht und der Frischluftzufuhr der Stadt dient. Auch wenn über den Verkauf der städtischen Grünflächen noch nicht entschieden ist, schafft die Stadt Fulda Fakten und lässt die erst vor wenigen Jahren gepflanzten Bäume und eine Bank aus dem Galgengrabenpark entfernen. Offenbar soll den Bürgern der Aufenthalt so weit wie möglich vergällt werden. So ist die geplante Betonierung umso einfacher durchsetzbar. Kurz vor den Weihnachtsfeiertagen wurden die Bäume in einer Nacht- und Nebelaktion entfernt und dabei auch noch der als Fernradweg genutzte Weg stark verschmutzt. Alles unter dem Motto: „Fulda – Barockstadt im Grünen"?
(Quelle: https://gruenhochdrei.wordpress.com/ 3. Februar 2017)

Bild: sunilkargwal, pixabay.com

2) Waidesgrund:
Neben einer Messehalle oder einem Messeplatz und den dazugehörigen Parkplätzen sollen auf dem etwa drei Hektar großen Areal der Kleingartenanlage 150-200 Wohnungen entstehen, schätzt Andreas Becker vom Stadtplanungsamt. „Der Fahrplan für das Großprojekt sieht so aus: 2017 werden von städteplanungsorientierten Büros Vorschläge in einer Art Ideenwettbewerb gemacht und bewertet. Ist eine passende Lösung gefunden, wird voraussichtlich 2018 das Bebauungsplanverfahren eingeleitet. Denn erst wenn die Stadtverordnetenversammlung den Bebauungsplan ändert, können wir von unserem Sonderkündigungsrecht Gebrauch machen", erklärte Wingenfeld auf Osthessen-News.

Für mich steht fest: Die Bürger der Stadt haben ein Recht darauf, dass für die Zukunft vorgesorgt wird. Die Stadt hat ihre Verpflichtung, sich für eine klimaangepasste Zukunft einzusetzen, bereits erkannt. Allerdings scheint es notwendig, die Verantwortlichen daran zu erinnern, dass es sich hierbei nicht um „grüne Ideologie" handelt, sondern um eine lebensnotwenige und daher alternativlose Daseinsvorsorge. Beobachtungen aus dem aktuellen Weltgeschehen geben einen Vorgeschmack darauf, was uns in einer klimaveränderten Welt erwartet. Kriege um Wasser und fruchtbaren Boden werden zunehmen, Starkwetterereignisse werden unzählbaren Menschen ihre Behausungen nehmen, Dürren und Hitzeperioden werden unter den sehr Jungen, sehr Alten und Geschwächten Opfer fordern. Wir werden uns mit Klimaflüchtlingen und Nahrungsmittelknappheit auseinandersetzen müssen. Eine Anpassung daran und eine Vorbereitung darauf verlangen nur einen Bruchteil an Geld und Mühe der Kosten, die eine Nichtvorbereitung uns kosten wird. Glücklicherweise gibt es bereits eine Unzahl nachahmenswerter Beispiele, wie -zumeist auch ökonomisch vorteilhaft- zukunftsfähige Alternativen gefunden wurden.
Hier in Fulda kommen wir zu folgender Frage: Was können wir tun, um die Stadt bei der Erfüllung der Klimaschutzziele zu unterstützen? Denn: „Die wahre Bedeutung des Lebens liegt darin, Bäume zu pflanzen und nicht zu erwarten, in ihren Schatten zu sitzen." (Nelson Henderson)

Mehr von Martina Fuchs und ihren Ideen können Sie auch in ihrem Blog lesen:

https://goo.gl/fH1lgW

Visionen einer Stadt

Was macht eine Stadt liebenswert? Was macht sie lebenswert? Was ist eine lebendige Stadt?

Dieses und alle weiteren Bilder des Artikels sind Aufnahmen von „street art" in Fulda (Fotograf: Mathias Söhlke)

Als AGORA Team reagieren wir immer öfter sensibel darauf, wenn wir Artikel über Stadtentwicklung lesen. Es ist die Art und Weise, wie in Fulda Entscheidungen getroffen werden, die uns traurig und bisweilen wirklich wütend macht. Wir finden, dass dabei so viel Kreativität, Begeisterung und Gemeinschaft verloren geht. Wir empfinden Schmerz darüber, weil in uns eine Idee, ein Gefühl, eine zukünftige Ahnung einer Stadt lebt, die nach Ausdruck sucht.

Mit unserer Kritik an der bisherigen Stadtentwicklung wollen wir konstruktiv dazu beitragen, sich mit Gestaltungsfragen auseinanderzusetzen. Fulda könnte ein anderes, ein noch liebenswürdigeres Gesicht bekommen, wenn wir die Gestaltung der Stadt als gemeinsame Aufgabe begreifen und sich Bürger*innen engagierter in politische und administrative Prozesse einbringen würden, dürften und könnten.

Die Vorstellungen davon, was genau an Fulda besser sein könnte, gehen sicherlich weit auseinander. Jeder sieht sein Fulda mit anderen Augen. Wenn wir uns aber gegenseitig zugestehen, dass wir alle unsere Stadt besser machen wollen, dann lasst uns in den Dialog darüber gehen. Wir als AGORA wollen unterschiedliche Visionen von der Zukunft unserer Stadt sichtbar machen.
Deshalb hier als Aufschlag eine Vision von uns, in der Hoffnung, dass Sie, liebe Leser*innen, mit uns Ihre Gedanken für ein noch besseres Fulda teilen:

Oh, wie schön ist Fulda
- eine Vision

Heimat:
Angesichts der Unsicherheit, die eine immer exzessivere globale Wirtschaftsweise mit sich bringt, werden lokale Wirtschaftskreisläufe immer wichtiger. Begriffe wie „regional" und „Heimat" bekommen dabei eine neue Qualität. Sie verlieren ihre Bedeutung im Sinne der Abgrenzung und Herrschaft und gewinnen dadurch eine neue Qualität: Das Besondere, die Schönheit, die vielfältigen Ressourcen unserer Orte treten stärker in unser Bewusstsein. Sie werden zu Ankern unserer Identität. Durch unsere emotionale Bindung an diese Orte fühlen wir uns verantwortlich dafür, was auf unserem gesamten Planeten passiert. Hier entdecken wir -zuerst als Kinder und dann immer wieder neu- die Welt.

Gemeinschaft:
Die Kultur eines gemeinschaftlichen, kooperativen Arbeitens, wird immer lebendiger. Erfolg wird nicht mehr nur finanziell gemessen, vielmehr tritt das Gemeinwohl in den Vordergrund, bei dem es auch um nachhaltige und soziale Verbesserungen geht.
Die Schönheit einer Stadt wird nicht allein durch die Schönheit ihrer Gebäude bestimmt. Es gibt eine Form der sozialen Schönheit, der Schönheit des Umgangs der Menschen miteinander. Wir freuen uns auf ein Fulda, in dem Menschen sich mehr Zeit füreinander als fürs Geldverdienen nehmen, ein Fulda, in dem sich Nachbarn gegenseitig helfen und füreinander da sind. Wir möchten in einem Fulda leben, in dem Menschen ihre Zeit gemeinsam in Repaircafés, Nähbars, Open Source Communities und Gemeinschaftsbrauereien verbringen.

Nahrungsmittel:
Der heimatverbundene Fuldaer von Morgen greift häufig und gezielt auf regional erzeugte Lebensmittel zurück. Ein transparentes Netzwerk

von Erzeugern bietet eine gute Hilfe für die Kaufentscheidung. Die Stadt Fulda unterstützt ihre Bürger*innen darin, selbst Lebensmittel anzubauen. Bäume mit essbaren Früchten und Nüssen und Streuobstwiesen für jedermann sorgen für eine bunte, den Jahreszeiten angepasste ergänzende Versorgung.

Energieerzeugung:
In unserem Fulda wird, vernetzt mit Region und den Nachbarlandkreisen, unsere Energie weitgehend selbst erzeugt. Das stärkt unseren regionalen Wirtschaftkreislauf immens. Gelder werden nicht mehr für den Kauf von fossilen Brennstoffen verbrannt, sondern bleiben in der Region.
Unsere Wärme erzeugen wir effizient und umweltschonend aus nachwachsenden Rohstoffen aus der Region oder Erdwärme aus den Kalistollen unter unseren Füßen und verteilen sie in unseren Nahwärmenetzen an die gut gedämmten Wohnungen und Häuser. Wir nutzen Windkraftanlagen mit Wasserspeicher, die mit ungenutztem Strom Wasserkraftpumpen antreiben. Und wir verbrauchen nur noch einen Bruchteil der heute benötigten Energie, weil wir gute Ideen haben, wo wir sie einsparen können.

Fortbewegung:
Es gibt nur noch einen Bruchteil der Autos, da intelligente Mietsysteme das eigene Auto überflüssig machen. Länger stehende Fahrzeuge tanken sich durch integrierte Solarmodule beim Parken zum Teil selbst wieder auf. Die Entwicklung von E-Bikes lädt generell zu einer neuen Kultur des Radfahrens ein. Park- und Auflademöglichkeiten für Fahrräder prägen das neue Stadtbild. Fahrradbahnen führen von den Randgemeinden in die Stadt. Um für eine fahrradfreundliche Stadt zu werben, macht sich Fulda regelmäßig an Sonntagen autofrei.
Öffentliche Verkehrsmittel werden

gezielt gefördert. Die Vision einer Tram, die Petersberg, Künzell und den Aschenberg mit der Innenstadt verbindet ist real geworden.

Wohnen:
Eine Vielzahl verschiedener Wohnformen und Projekte gemeinschaftlichen Wohnens verbinden die Menschen und machen das Leben für den Einzelnen lebenswerter. Sie bieten die Möglichkeit, sich seinen Interessen und Neigungen zu widmen und sein Wissen und Engagement zum Wohl der Gemeinschaft einzubringen. Altersgerechte Wohnprojekte bieten den Bewohnern die größtmögliche Eigenständigkeit. Und der soziale Wohnungsbau auf hohem Niveau bietet Perspektiven für menschengerechtes und bezahlbares Wohnen in modernen Wohnungen mit hoher Qualität. Neue Finanzierungsmöglichkeiten jenseits der bekannten renditeorientierten kapitalistischen Verwertungszwänge ermöglichen ein neues Wohnen im sozialen Umfeld und bilden die Grundlagen einer Teilhabe am öffentlichen Leben durch eine Aufwertung der Menschen im Quartier.

Ein neues Selbstbewusstsein der Bürger entsteht.

Kunst und Kultur:
Eine lebendige Kulturszene bereichert die Stadt. Künstler aller Sparten, von Tanz über Film, Malerei, Theater bis hin zu Dichtung und Performance finden Räume, um sich auszutauschen, um zu arbeiten, zu wirken und zu sein. Ausstellungen und Kulturveranstaltungen bieten Abwechslung vom Alltag und die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten zu treffen und auszutauschen. Künstlerische Bildung wird niedrigschwellig angeboten, damit sich jeder und jede Bürger*in, ob alt oder jung, ausprobieren kann. Selbstgesteckte Begrenzungen werden so überschritten und Neues entsteht. Das Schlosstheater hat ein eigenes Ensemble und ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt für experimentelle und interkulturelle Inszenierungen. Aber auch für Laienschauspiel und Heimattheater steht die Bühne offen. Das Vonderau-Museum ist zu einem Stadtgemeinschaftshaus und Bürger*innen-Treffpunkt geworden, wo

Themen der Region und des Stadtlebens interaktiv und methodisch vielfältig verhandelt werden.

Dünger für die Planungskultur

Die AGORA im Gespräch mit Stadtbaurat Daniel Schreiner, Frau Bödeker (Stadtplanungsamt) und Herrn Heller (Pressestelle) am 22.02.2017

Fulda verändert sich. An verschiedenen Standorten wird die Stadt in nächster Zeit durch große Bauvorhaben neu geprägt. Das Löhertor, das Areal an der Langebrückenstraße und der Waidesgrund sind dabei mehr als rein architektonische Projekte, denn hier werden Bebauungspläne geändert und Quartiere neu entwickelt. Den genannten Projekten ist gemeinsam, dass es hier eine enge Zusammenarbeit von Stadt und Investoren auf der einen Seite, und Kritik und Forderungen von Bürger*innen nach Transparenz und Bürger*innenbeteiligung auf der anderen Seite gibt.

Zuletzt bekannt geworden sind die Pläne der Stadt rund um die Kleingartenanlage am Waidesgrund. Hier ist bisher von einer Erweiterung des Kongresszentrums Esperanto gemeinsam mit dem Investor Leo Groll, von Wohnungsbau und von einem Parkhaus die Rede. Das Besondere ist, dass die Stadt, anders als zum Beispiel beim Löhertor, selbst Eigentümerin des Geländes ist und dadurch enorme Steuerungsmöglichkeiten hat. Das Planungsverfahren befindet sich noch in den Anfängen und die AGORA will den Prozess vor allem unter den Aspekten Bürgerbeteiligung und nachhaltiger Städteplanung beobachten und dokumentieren.
Am 22.02.2017 haben wir daher ein Gespräch mit Stadtbaurat Daniel Schreiner, Eva Bödeker (Stadtplanungsamt Fulda) und Johannes Heller (Pressestelle) geführt und dabei viele Fragen zu ihrem Verständnis von Städteplanung und Bürgerbeteiligung gestellt. Wir konnten dabei einiges über die Herangehensweise, das Selbstverständnis und auch die Herausforderungen der hiesigen Stadt- und Bauplanung erfahren. Dafür erstmal vielen Dank.

Unsere Gesprächspartner hatten aber auch einige Fragen an uns: Wie das denn gehen soll mit der Bürgerbeteiligung? Warum wir es nicht ausreichend finden, wenn „Experten“ und gewählte Vertreter*innen für die Bürger*innen entscheiden? Und was wir denn meinen, wenn wir von nachhaltiger, urbaner und dabei auch noch schöner Architektur sprechen?
Zu diesen Fragen fällt uns tatsächlich viel ein. Und nicht nur uns. Quer durch die Republik und durch europäische Nachbarländer gibt es vielfältige Beispiele von gelebter Bürgerbeteiligung, gelungenen Projekten und nachhaltigen Planungen in der Stadtentwicklung. Uns gehen dabei die Augen und das Herz über und wir haben sofort Visionen, wie sich solches Handeln und Denken auf unsere Stadt übertragen lässt. Wir hoffen, dass von unserer Begeisterung etwas auf die Stadtplaner übergesprungen ist, denn wir wünschen uns, dass auch Fulda sich auf den Weg macht, Stadtplanung konsequent und von Anfang an gemeinsam mit den Bürger*innen zu denken. Wir sind sicher, davon profitieren alle.

Denn Bürger*innen kennen und lieben ihre Stadt. Sie wollen und können daher eigene Bedingungen benennen, bevor Bebauungspläne erstellt oder Wettbewerbe ausgeschrieben werden. Bürger*innen wollen und können eigene Ideen beisteuern, bevor Architekt*innen die Entwürfe machen und Bürger*innen können und wollen Entscheidungsgremien beraten, bevor Weichen gestellt werden, die für Generationen die Richtung vorgeben. Viele Projekte in anderen Städten beweisen das. Warum sollte es nicht auch in Fulda möglich sein?

Im Folgenden geben wir das Gespräch vom 22. April in Auszügen wieder:

*AGORA: Wie wird die Beteiligung von Bürgern beim Stadtentwicklungsprozess gesehen? Braucht es immer eine Bürgerinitiative, damit Bürger*innen teilhaben können, oder gibt es ein verstärktes Bestreben von Verwaltung und Politik, diese von vorne herein einzubinden?*

Schreiner: Die Beteiligung z.B. der BI L14 an der Lenkungsgruppe, die Vorschläge im Rahmen des Stadtumbauprogramms macht, ist kein Ergebnis des Protestes. Wir beteiligen die Anwohner bzw. Betroffenen immer und holen sie an einen Tisch.

AGORA: Wer entscheidet, wer die Betroffenen sind?

Schreiner: Das entscheiden wir. Im Fall Waidesgrund geschieht die Beteiligung des Kleingartenvereins allerdings mit dem Ziel der Auflösung des Standortes, was etwas widersprüchlich erscheinen mag.

AGORA: Die Beteiligung bei der Planung des Löhertors war fast Null.

Schreiner: Man muss differenzieren zwischen Bauvorhaben, bei denen es einen Grundstückseigentümer gibt und Vorhaben, bei denen die Stadt selbst Eigentümerin ist. Im Falle des Löhertors gehört das Grundstück dem Investor, der im Prinzip selbst entscheiden kann, was er dort bauen will. Die Stadt hat sich hier fachlich eingebracht und die ursprünglichen Pläne des Investors auch an verschiedenen Punkten in Frage gestellt. Wir haben viel diskutiert und werten das jetzige Konzept als Erfolg.

AGORA: In anderen Städten (Bsp. Köln Ehrenfeld) gibt es auch Beteiligungsprozesse trotz oder mit Investoren.

Bödeker: Das kostet dann aber richtig viel Geld, da gibt es dann moderierte Runden und Workshops, da muss man erstmal Geld in die Hand nehmen.

AGORA: Wie ist der Planungsstand für den Waidesgrund aktuell? Wo befinden wir uns gerade im Prozess? Ist die Ausschreibung des Wettbewerbs schon auf den Weg gebracht?

Schreiner: Die Auslobung des Wettbewerbs ist in der Vorbereitung. Der Wettbewerb wird erstmal offen ausgeschrieben, wir behalten uns aber vor, wen wir dann konkret einladen.

AGORA: Werden bei dieser Auswahl auch Büros berücksichtigt oder gar bevorzugt, die ihren Schwerpunkt auf ökomodellhaftes Bauen legen? So könnte man ja der bisherigen Nutzung des Geländes ein wenig treu bleiben.

Schreiner: Nicht unbedingt. Wir müssen mal schauen, wir sind noch ganz am Anfang. Wir wissen nicht, was da kommt, vielleicht ein einzelnes Hochhaus mit viel Grün drum herum, vielleicht was ganz anderes, wir lassen uns überraschen und sind selbst gespannt.

AGORA: Also spielen ökologische Aspekte in der Ausschreibung eine untergeordnete Rolle?

Schreiner: Das legen Sie mir jetzt in den Mund. Der Schwerpunkt der Ausschreibung liegt auf dem Thema Wohnen. Alles andere kann man dann sehen, wenn der Bebauungsplan existiert.

(Anmerkung der Redaktion: Die Ausschreibung wird öffentlich einsehbar in der Hessischen Datenbank sein, unter: *www.had.de*)

AGORA: Also ist damit zu rechnen, dass wieder die üblichen ortsansässigen Büros den Zuschlag erhalten und quadratisch, praktisch, weiß gebaut wird?

Schreiner: Wen genau meinen Sie denn damit, nennen Sie doch mal Namen.
AGORA: Beispielsweise die Planungsbüros Reith & Wehner, Storch, Sichau & Walter u.a.

Schreiner: Wir befinden und hier in einem wettbewerblichen Verfahren. Die Stadt vergibt keine einseitigen Bauaufträge. Von welchen städtischen Bauvorhaben sprechen Sie denn genau? Sie müssen da auch besser recherchieren. Sie haben wahrscheinlich reine Investorenprojekte im Kopf. Da hat die Stadt jeweils nur die Bauaufsicht und keinerlei Einfluss auf die Auswahl der Architekten.

Bödeker: Natürlich gibt es Büros, die auch bei Wettbewerben häufiger gewinnen als andere, woran auch immer das liegt.

*AGORA: Wie wird sich die Jury im Fall Waidesgrund zusammensetzen? Können dort auch Bürger*innen als Experten für ihre Stadt sitzen?*

Bödeker: Also das ist eigentlich nicht vorgesehen. Die Jury setzt sich zusammen aus Sachpreisrichtern und Fachpreisrichtern, obwohl, da könnten eigentlich schon auch Bürger sitzen, aber welche Meinung sollten die vertreten? Ein einzelner Bürger kann ja auch nicht für alle sprechen, sondern nur seine eigene Meinung vertreten. Stattdessen werden gewählte Bürgervertreter eingebunden.

Heller: Sie können doch bei Ihrem Abgeordneten Sturm laufen und dort ihre Vorstellungen platzieren, damit der die dann einbringt.

Schreiner: Und wie sollte man die Bürger für die Jury auswählen? Machen Sie mal einen Vorschlag.

*AGORA: Man könnte z.B. alle interessierten Bürger*innen aufrufen, sich zu melden und Bürgervertreter*innen einfach auslosen. Es geht ja nicht darum, dass die für alle sprechen, sondern einfach nochmal einen anderen Blickwinkel mit einbringen und so die Grundlage für Entscheidungen erweitern.*

Schreiner: Die wesentlichen Entscheidungen trifft ja am Ende sowieso die Stadtverordnetenversammlung. Dafür haben wir doch die repräsentative Demokratie. Man kann nicht immer alle an allem beteiligen, wie soll das gehen? Und allen Recht machen kann man es auch nicht. Außerdem haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Resonanz auf unsere Einladungen zur Beteiligung eher dünn ist.

AGORA: Das liegt vielleicht auch daran, wie „eingeladen“ wird. Darüber können wir uns gerne an anderer Stelle nochmal austauschen und ein paar Tipps geben.
Warum wird der städtische Innenraum derart massiv verdichtet, wie es zurzeit scheint? Warum achtet man nicht auf mehr Freifläche auch im Innenstadtbereich?

Schreiner: Die Stadt wächst. Es ist uns per Gesetz verboten, Ackerland für die Bebauung zu nutzen. Wir haben noch eigene Flächen in der Stadt, also müssen wir diese vorrangig nutzen. Außerdem wollen wir die Stadt nicht weiter zersiedeln. Es werden noch vereinzelt Neubaugebiete z.B. in Haimbach und Maberzell ausgewiesen, aber auch hier sind die Grenzen erreicht.

AGORA: Im Jahr 1947 hat sich die hessische Regierung deutlich positioniert: Kein Ackerland für Wohnsiedlungen. Wie sieht es heute damit aus?

Schreiner: Damals, kurz nach dem Krieg, war Ackerland heilig. Die Situation heute ist eine andere. Au-

ßerdem wird im Fall Waidesgrund kein Ackerland vernichtet, sondern an den Rand ausgelagert. Geplant ist, den Kleingärtnern Ersatzflächen in der Nähe des Landesgartenschaugeländes anzubieten.

AGORA: Ist es nicht wichtig, der Bevölkerung Nutzflächen auch direkt in der Stadt zu erhalten?

Schreiner: Wir müssen hier die Stadt als Ganzes mit allen ihren Stadtteilen betrachten. Ich sehe keinen Unterschied, ob das Gemüse da oder dort wächst.

AGORA: Warum wird laut Pressemitteilung der Stadt bei der Erstellung eines möglichen Nutzungskonzeptes v.a. eng mit dem Kongresszentrum Esperanto zusammen gearbeitet und nicht eng mit den Bürgern der Stadt? Woher kommt überhaupt der Auftrag, dass Fulda weiter zur Kongress-Stadt ausgebaut werden soll und woher kommt die Eile?

Schreiner: Der Anker bei der Bebauung des Geländes ist eine bereits vorhandene Interessenslage des Investors, der verstärkt Indoor-Messen veranstalten möchte. Das Messegelände an der Fulda-Galerie ist hierfür nicht ideal, man zieht den ganzen Verkehr da hoch.

AGORA: Und jetzt zieht man den ganzen Verkehr in die Innenstadt und benötigt entsprechend Parkmöglichkeiten?

Schreiner: Der Parkdruck ist bereits da. Es gibt auch ein Reindrücken des Parksuchverkehrs bei Großveranstaltungen. Der Bebauungsplan für das Parken entlang der Ochsenwiese wird schon vorbereitet.

AGORA: In der Pressemitteilung ist auch von einem „zukunftsfähigen" Gesamtkonzept die Rede. Wie weit in die Zukunft geht da der Zeithorizont? Werden Entwicklungen wie Carsharing bei den Planungen berücksichtigt?

Schreiner: Aktuell wird der Verkehrsentwicklungsplan erstellt, wir planen so auf etwa zwanzig bis fünfundzwanzig Jahre. Man weiß nicht, ob und wie die Stadt weiter wachsen wird. Wir schauen bewusst in kürzeren Zeiträumen, weil Entwicklungen nicht wirklich absehbar sind. So macht es keinen Sinn, sehr weit im Voraus zu planen, das ist dann schnell Spekulation. Es soll jetzt erstmal der voraussichtliche Parkplatzbedarf bis ca. 2026 abgedeckt werden. Auch wenn sich der Verkehr ändert, wird doch das Auto nicht verschwinden. Wahrscheinlich ändern sich eher die Antriebe und man muss überlegen, wo man Ladestationen einplant.

AGORA: Mit dem Bau des geplanten Parkhauses an der Ochsenwiese könnte schon 2017/2018 begonnen werden. Ist es sinnvoll, die Erschließung und Gestaltung des Geländes mit einem vordefinierten Standort für ein Parkhaus zu beginnen?

Schreiner: Das Thema Parken ist ein komplett eigener Strang. Hierfür wird auch ein eigener Bebauungsplan erstellt. Es wird zwei Wettbewerbe geben. Einen für den Bereich vorderer Bahnhof, also ZOB im Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan, und einen für den hinteren Bahnhofsbereich. Hier gibt es auch einen engen Zusammenhang mit der weiteren Bahnentwicklung, die große Vorteile für Fulda bietet.

AGORA: Warum dann die Fixierung auf den Individualverkehr? Wenn die Nähe zum Bahnhof ein wesentlicher Standortvorteil für das Gelände ist, warum braucht es dann überhaupt so viele Parkplätze? Wird hier nicht auch gleich für den Investor und seine Veranstaltungsgäste mitgebaut?

Schreiner: Herr Groll besitzt ein eigenes Parkhaus. Wenn, dann bekommt er durch zusätzliche Parkplätze eher Konkurrenz.

AGORA: Wie flexibel ist die veröffentliche Skizze zum Nutzungskonzept noch? Wie soll man sich z.B. ein Mischkonzept aus sozialem Wohnungsbau und Kongresszentrum vorstellen? In unserer Vorstellung passt das schwer zusammen.

Schreiner: In meiner schon.

AGORA: In der Pressemitteilung ist allerdings auch nicht mehr vom „sozialen Wohnungsbau" sondern nur von „innerstädtischem Wohnraum" die Rede. Ist es realistisch, dass an diesem Standort sozialer Wohnungsbau entsteht oder werden eher wieder Premiumwohnungen mit gehobenem Standard und 1A-Lage bevorzugt? Eben die vielzitierten „Filetstücke" nach denen sich Spekulanten jetzt schon die Finger lecken?

Schreiner: Es ist schon möglich, dass sich manche von den zahlreichen Bauaktivitäten in der Stadt bedrängt fühlen. Wir wollen ein durchmischtes Gebiet für unterschiedlichste Zielgruppen schaffen. Dort wird es Alles geben.

AGORA: Gerade weil in der Stadt scheinbar nur für ein bestimmtes Preissegment gebaut wird, wünscht man sich von ihr, dass sie es anders macht und Steuerungsverantwortung nicht an Investoren abgibt.

Schreiner: Wir überlegen, das Gelände aus diesem Grund gar nicht zu verkaufen, sondern Eigentümerin zu bleiben.

AGORA: Das würden wir sehr begrüßen! Ist auch ein autofreies Quartier an diesem Standort denkbar?

Schreiner: Wenn Sie Wohnungen bauen, müssen Sie auch Stellplätze vorhalten. Wenn jemand ein Penthouse bezieht, will er auch sein Fahrzeug in unmittelbarer Nähe abstellen können, das ist einfach so.

AGORA: Vielen Dank für das Gespräch.

AGORA überreichte Herrn Stadtbaurat Schreiner am 13.04.2017 als Ostergeschenk das Original einer selbst zusammengestellten Broschüre mit zahlreichen Beispielen für kreative und gelungene Bürgerbeteiligung mit dem Titel **DÜNGER**:

Nexthamburg

Nexthamburg ist Hamburgs offenes Stadtlabor.

Wir geben den Ideen der Vielen eine Bühne, stellen provokante Zukunftsthesen und -szenarien zur Diskussion und blicken hinter Daten und Fakten. Auf diese Weise wollen wir die Stadtentwicklung beflügeln – als Inspirationsquelle und unabhängige, offene Debattenplattform.

Neu in 2017

2017 startet Nexthamburg neu durch. Das Sammeln von Ideen wird um zwei neue Aktivitäten ergänzt: Ab Frühjahr 2017 wird einmal im Monat eine Zukunftsthese zur Diskussion gestellt, die auf bisherigen Ideen der Community basiert. Und auf der Grundlage von öffentlichen und selbsterhobenen Daten wird gezeigt, wo in der Stadt der Schuh drückt.

Nexthamburg sammelt Ideen für das Hamburg von morgen.

Nexthamburg bringt Stadt-Weiterdenker zusammen.

Das Kernstück: 1000 Ideen zur Stadt von morgen

Die Ideensammlung ist das "Grundmaterial" von Nexthamburg. Auf der Grundlage der Ideen werden durch die Nexthamburg-Aktivisten Thesen formuliert, die Einfluss auf die öffentliche Debatte nehmen sollen. Außerdem entwickeln wir ausgehend von Themen der Community unsere Datastories und Kampagnen – auch das, um die Themen der Bürger aufzugreifen und professionell zu verstärken.

Wer ist Nexthamburg?

Getragen wird Nexthamburg von einer Gruppe von Aktivisten, von denen die meisten im Nexthamburg e.V. organisiert sind. Die Aktivisten kümmern sich um die Internetseite, führen Veranstaltungen und Aktionen durch und arbeiten aktiv an Themen und Inhalten. Es ist nicht zwingend nötig, Mitglied im Verein zu sein, um Aktivist zu werden.

Methoden der Bürgerbeteiligung

Die Planungszelle

Diese Methode legt den Schwerpunkt auf die beratende Einbindung der Intelligenz der Vielen. Per Zufallsprinzip werden je nach Umfang bis zu hundert Personen aus dem Telefonbuch ausgewählt, für eine gewisse Zeit, z. B. eine Woche, freigestellt, um von Experten informiert, von einer externen, unabhängigen Moderation begleitet und in ständig wechselnder Kleingruppenarbeit in die Problemstellung eingearbeitet zu werden und Lösungsansätze zu finden. Am Ende werden die Laien zu Experten und die Probleme zu Lösungen. Die Politik kann diese übernehmen oder allen Bürgern zur Abstimmung übergeben.

Beispiel Oldenburg 2015:

In der Stadtwerkstatt Fliegerhorst Anfang Juni 2015 hatten per Zufall ausgewählte Bürger*innen, Kinder und Jugendlichen sowie Vertreter*innen von Verbänden intensive Tage der Zusammenarbeit, in der auf Basis der Ideenvorschläge und der Rahmenbedingungen Gestaltungsempfehlungen für die Entwicklung des Fliegerhorstes planerisch erarbeitet wurden.
Die Ergebnisse, die in der Gesamtdokumentation eingesehen werden können, zeigen, dass die Oldenburger*innen den Fliegerhorst als einen innovativen und nachhaltigen Stadtteil über neue experimentelle und partizipative Formen der Stadtplanung entwickeln wollen. Der Nachdruck und die Selbstverständlichkeit mit der formuliert wurde, dass der Fliegerhorst die Chance beinhaltet, einen Stadtteil für zukünftige Generationen als Leuchtturmprojekt zu entwickeln hat auch uns als Prozessbegleiter erstaunt. Die 10 entwickelten Prinzipien, die die zukünftige DNA des Fliegerhorstes ausmachen sollen, sind innovativ, weitsichtig und mutig. Wir hoffen, dass wir die Stadt Oldenburg weiterhin bei diesem Projekt begleiten können, um gemeinsam mit den Bürger*innen dazu beizutragen, dass die weitere Entwicklung in der gleichen Konsequenz weitergeführt wird, wie sie in der Stadtwerkstatt begonnen wurde.

Hühnchen für alle

Neues von Bisrat Teil IV

Unser Mitbewohner Bisrat (32), vor dreieinhalb Jahren aus Eritrea geflüchtet, lebt seit Januar 2016 in unserer WG. Seitdem schreiben wir über unsere Erlebnisse mit ihm – und seine mit uns. Und lernen mit ihm, was es heißt, sich ein neues Leben aufzubauen. Zuletzt berichteten wir von seiner schwierigen und frustrierenden Suche nach Arbeit. Seitdem ist einiges geschehen:

Während die „Freunde der AfD“ auf ihren Schmutzseiten über die „sozialschmarotzenden Migranten wahlweise Flüchtlinge wahlweise Ausländer“ schimpfen, geht Bisrat seit fünf Monaten Vollzeit arbeiten. Diese Arbeit hat er sich selbst gesucht. Allein. Kein Jobcenter, kein Maßnahmenträger und auch niemand von uns hat ihm dabei geholfen. Zu seinem Vorstellungsgespräch nach Bad Hersfeld hat er sich vier Stunden vor dem Termin aufgemacht, um auf jeden Fall pünktlich zu sein.
Er bekam einen befristeten Vertrag, drei Monate Wechselschicht. Wenn er Frühschicht hat, fährt der Shuttlebus des Unternehmens um 04.30 Uhr morgens in Fulda ab, wenn er Spätschicht hat, kommt er nachts um 02.30 Uhr nach Hause.
Wir waren uns nicht sicher, ob er das packt. Morgens so früh raus, immer pünktlich sein und den ganzen Tag auf den Beinen. Aber er hat es geschafft und im Weihnachtsgeschäft sogar noch Extra-Schichten geschoben. Ende Januar wurde sein Vertrag um weitere fünf Monate verlängert und er hofft jetzt auf eine Festanstellung danach.
Anfangs macht ihm die körperliche Arbeit noch zu schaffen. Seine Muskeln tun ihm weh, er schläft viel und wir bekommen ihn kaum noch zu sehen. Aber wenn, dann ist er fröhlich und ausgeglichen und er sagt warum: Er wird gebraucht, ist Teil eines Ganzen, hat Kollegen, lernt wieder Neues kennen und was für ihn selbst das Wichtigste ist: Er verdient sein Geld endlich mit eigener Arbeit. Vorbei sind die endlosen Tage ohne Beschäftigung, das nächtelange Grübeln und die Zweifel, ob er es jemals in Deutschland schaffen wird.
Seine Vorarbeiterin ist eine Frau, sein Respekt vor ihr sehr groß: „Sie arbeitet wie ein Mann. Und sie ist nie müde. Es ist gut, in ihrem Team zu sein.“ Nach wie vor vergleicht er vieles, was er in Deutschland erlebt mit dem, was er aus seiner Heimat kennt: „Wenn sie sagen, der Bus fährt um 3.35 Uhr, dann fährt er um 3.35 Uhr. Um 3.36 Uhr kannst du nur noch winken. Nicht wie in Afrika.“ Und dann lacht er.

Er hat jetzt ein gutes Einkommen, für das er allerdings auch hart arbeitet. Er muss nicht mehr zur Tafel gehen, um über die Runden zu kommen, aber er bleibt sehr sparsam. Schickt Geld an seine Familie und legt Geld für den Tag zurück, an dem er eine eigene Wohnung hat. Er weiß, dass in der Regel eine hohe Kaution fällig wird und er will mit seiner Frau zusammen neue Möbel aussuchen.
Und er hat uns alle mit Geschenken überrascht, die er sorgfältig für jeden Einzelnen ausgewählt hat. Einen „Fota“, den in Eritrea landestypischen Wickelrock - für die Männer in unserer WG. Gewürze, bunte Kleider und Tücher für die Frauen. Und einen Koran mit goldenem Schnitt. Ist das jetzt die Islamisierung des Abendlandes? Nein, das ist einfach Freundschaft.
Nachdem es nun mit der Arbeit läuft, hat Bisrat schon die nächsten Sorgen. Er sagt das so: „Hast du 300 Euro, hast du Probleme für 300 Euro, hast du aber 1000 Euro, hast du auch Probleme für 1000 Euro.“
Bisrats größtes Problem ist, dass er keine Wohnung für sich und seine Frau findet. Seine Frau hat im Dezember 2016 die Erlaubnis zum Nachzug bekommen und wartet seitdem in Katar, dass Bisrat endlich sagt: „Komm, ich habe eine Wohnung für uns.“ Aber bisher sind alle seine Bemühungen umsonst, er bekommt nur Absagen. Am Schlimmsten ist es bei den privaten Wohnungsanzeigen. Da sein Deutsch nach wie vor schlecht ist, rufen wir für ihn bei den Vermietern an. Anfangs sagen wir noch, dass der Wohnungsinteressent aus Eritrea kommt. Da ist bei den meisten direkt Schluss. Begründungen wie diese lassen erahnen, wie eng die Grenzen in den Köpfen sind: „Wir hatten mal einen Afghanen hier wohnen, der war Alkoholiker. Sowas wollen wir hier nicht mehr.“ Ist ja klar, Afghanen, Eritreer - alles Alkoholiker. Könnte mit einem Deutschen auf keinen Fall passieren. Ob der Hinweis geholfen hätte, dass Bisrat Moslem ist und keinen Alkohol trinkt? Wohl kaum…

Foto: franfriel, pixabay.com

Noch schlimmer war diese Absage am Telefon: „Wir sind hier eine Eigentümergemeinschaft. Auf unserer letzten Eigentümerversammlung haben wir beschlossen, dass wir das Bild der Wohnanlage wahren wollen und daher grundsätzlich keine dunkelhäutigen Mieter nehmen. Tut mir ja auch leid, ich selbst bin gar nicht so, aber es ist nun mal entschieden.“
Wie sagt man das dem feinfühligen, toleranten und eben auch dunkelhäutigen Bisrat? Und wie hält man sich selbst davon ab, dieser „Eigentümergemeinschaft“ mal so richtig die Gartenzwerge zu polieren?
Also verabreden wir die nächsten Male am Telefon einfach eine Wohnungsbesichtigung, ohne Bisrats Namen oder seine Herkunft zu erwähnen. Mit dem Ergebnis, dass in einem Fall die Wohnung plötzlich leider schon vergeben ist als wir mit Bisrat vor der Tür stehen, das andere Mal wird die Tür gleich gar nicht geöffnet, obwohl offensichtlich jemand zu Hause ist. Kommt es doch zur Wohnungsbesichtigung, gibt es zahlreiche Mitbewerber und er erhält wieder nicht den Zuschlag. Eine Maklerin bringt es auf den Punkt: „Wissen Sie, unsere Kunden machen uns ja auch Vorgaben, wen sie gerne als Mieter hätten. Ausländer stehen da nicht auf der Wunschliste.“
Wir schäumen vor Wut, schämen uns für so viel unverhohlenen Rassismus unserer Landsleute und es belastet uns, Bisrat dabei zusehen zu müssen, wie diese Art der Ablehnung an ihm nagt. „Warum will mir niemand eine Wohnung geben? Bin ich ein schlechter Mensch? Was ist so falsch an mir?“
Dass er trotzdem weder seinen Respekt vor unserem Land noch sein Gottvertrauen verliert, sind zwei der vielen Dinge, die wir so an ihm schätzen gelernt haben.
Wir suchen jetzt über die großen „sozialen“ Wohnungsbaugesellschaften und lernen, dass auch hier ein rauer Wind weht. Kundenservice wird nicht unbedingt groß geschrieben. Viele Wohnungen sind zudem auf den zweiten Blick aufgrund versteckter Nebenkosten sehr viel teurer als das Inserat vermuten ließ. Bisrat nimmt sich einen Tag Urlaub für einen Wohnungsbesichtigungstermin, der dann eine Stunde vor der vereinbarten Zeit per E-Mail abgesagt wird. Nach einer anderen Besichtigung wird ihm schon der Mietvertrag zugeschickt, die Wohnung dann aber doch an jemand anderen vergeben, warum bleibt unklar. Die Wohnungssuche gerät zum Lotteriespiel. Und was völlig absurd ist – wäre Bisrat im Sozialleistungsbezug geblieben, anstatt unbedingt sein Geld selbst verdienen zu wollen, er hätte bessere Chancen. Denn eine Kostenzusage vom Kreisjobcenter ist den Wohnungsgesellschaften lieber als ein befristeter Arbeitsvertrag. Was für ein krankes System.
Bisrat ist müde und frustriert von der bisher erfolglosen Suche. Er hat ein schlechtes Gewissen, weil auch wir viel Zeit investieren, um ihn dabei zu unterstützen. Seine Frau will nicht länger warten, und die Familie macht ihm in langen und lauten Telefonaten Vorwürfe. Sie verstehen nicht, warum alles immer weiter dauert, jetzt wo er doch Arbeit hat.
Doch mit seiner unerschütterlichen Art, alle Herausforderungen anzunehmen, die das Leben ihm immer wieder aufgibt, stellt er fest: „Es ist eben ein Spiel. Und ich lerne langsam die Regeln. Wenn ich gewinne, sage ich ‚Danke, mein Gott‘. Wenn ich verliere, versuche ich es eben wieder.“

Und dann kocht er erstmal Hühnchen für alle.

Nachtrag:
Inzwischen hat Bisrat dann doch Glück gehabt und von einem großen Wohnungsunternehmen eine Zusage bekommen. Seine Frau ist gekommen und wohnt nun auch bei uns, bis die Wohnung bezugsfertig ist. Wir sind gespannt, wie sie in Deutschland ankommt und wie es mit den beiden weitergeht. Wir werden berichten.

Folgenschweres Vorgehen

Ein Beitrag von Wolfgang Lörcher

Durch die Kappung zinsloser Darlehen schickt der Landkreis Fulda Menschen bewusst in die Obdachlosigkeit.

Seinen Anfang nimmt der Lauf mit einer Sanktion durch das Kreisjobcenter. Sanktionen sind in vielen Fällen nach dem SGB II möglich und vorgesehen. Die entsprechenden Paragrafen (§ 31 ff SGB II) werden aber mittlerweile von vielen Rechtsexperten in ihrer heutigen Ausgestaltung als verfassungswidrig angesehen. Das Sozialgericht Gotha hat dahingehend schon ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht angestrengt.
Die mir bekannten Stellungnahmen der vom Gericht bestellten, sachverständigen Dritten (Paritätischer Wohlfahrtsverband, Caritas, Deutscher Verein und Tacheles e.V.) sind sich jedenfalls dahingehend einig, dass die heutige Fassung der Sanktionsparagrafen eindeutig nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Die härteste Form der Sanktionen besteht in einer vollständigen Einstellung aller Leistungen. Das heißt für die Betroffenen: kein Geld zum Leben, keine Übernahme der Miet- und Nebenkosten und keine Zahlung der Krankenversicherung für drei Monate.

Bei all diesen Fällen entstehen natürlich Schulden, die eine fristlose Kündigung der Wohnung, eine Energieversorgungssperre und die fehlende Krankenversicherung nach sich ziehen.
Bisher war es immer so, dass der Landkreis in solchen Fällen ein zinsloses Darlehen gewährt hat, welches durch die Einbehaltung der Regelleistungen in Höhe von 10 Prozent bei jedem Erwachsenen der Bedarfsgemeinschaft ausgeglichen wurde.

Seit neuestem wird dieses Darlehen jedoch verweigert. Dadurch haben die Betroffenen weder Strom noch Heizung, im Regelfall wird die Wohnung fristlos gekündigt. Spätestens nach einer Räumungsklage sind die Betroffenen obdachlos. Durch die fehlende Möglichkeit, Beiträge für die Krankenkasse zu entrichten, erlischt auch noch der Versicherungsschutz, Arztbesuche werden unmöglich.
Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 bereits festgestellt, dass das Existenzminimum plus einer gewissen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein Grundrecht ist und eingelöst werden muss. Weiterhin hat es das Wohnen zum existenziellen Bestandteil des Existenzminimums erklärt.
Zusammengefasst bedeutet dies, zuerst werden Menschen zu 100 Prozent sanktioniert, was wahrscheinlich schon verfassungswidrig ist, und dann bekommen sie nicht einmal ein Darlehen, um ihre Obdachlosigkeit zu verhindern. Gerade in einem Landkreis, der politisch von sogenannten christlichen Parteien dominiert wird, habe ich ein solch unmenschliches Verhalten bisher nicht für möglich gehalten.

Kontakt und Beratung zu diesen Themen finden Sie hier:

Erwerbsloseninitiative Fulda e.V.

Herr Wolfgang Lörcher
Robert-Kircher-Straße 25
36037 Fulda

Foto: andibreit, pixabay.com

Die Vertreibung aus dem Paradies?

Neues aus der Langebrückenstraße

Foto: AGORA

In der Langebrückenstrasse 14 kehrt keine Ruhe ein. Die Existenzbedrohung der Initiativen ist nach wie vor da, die Stadt geht einen Schritt vor und zwei zurück und die Öffentlichkeit schaut immer kritischer hin. Kann sich die Stadt Fulda leisten, eine solch einzigartige Soziokultur im Stich zu lassen und die Situation schön zu reden?

Ging das Jahr 2016 für die Bürgerinitiative L14 damit zu Ende, sich in guten Gesprächen zu wähnen und begann das Jahr 2017 mit dem vom Stadtbaurat Schreiner verbreiteten Hoffnungsschimmer, die Initiativen könnten weiter im vorderen Bereich des Areals Langebrückenstrasse 14 bleiben, so steht jetzt zumindest fest, dass sie es mit einer Stadt zu tun hat, die sich nur dann zu bewegen scheint, wenn der öffentliche Druck zu groß wird und mit Investoren, die das machen wollen, was Investoren nun mal grundlegend auszeichnet: kaufen, bauen, Geld verdienen.

Mehrfach wandte sich die BI in den vergangenen Monaten an OB und Stadtbaurat, um außer Allgemeinplätzen mal konkrete Informationen über den aktuellen Stand zu bekommen und den versprochenen Gesprächstermin einzufordern. Vergebens. Es brauchte wohl den Paukenschlag eines Offenen Briefes an OB Wingenfeld im Mai, damit hier mal wieder der Gang eingelegt wurde. Dieser in den regionalen Nachrichtenportalen (und auch auf www.agora-fulda.de) ausgiebig dokumentierte Brief war kaum einen halben Tag veröffentlicht, kam prompt der lange ersehnte Terminvorschlag vom OB zum nächsten Gespräch. Der scharfe Ton im Offenen Brief, die Anklage wegen „Auslassung jeglicher Information und Ansprechbarkeit in dieser Thematik“ sowie der Vorwurf, der „gegenwärtige und Ihnen sicherlich seit geraumer Zeit bekannte Sachstand“ widerspreche „in höchstem Maße den von Ihnen getroffenen Aussagen“ gegenüber BI und AWO-Jugendwerk und Öffentlichkeit inklusive Stadtverordnetenfraktionen, hat mutmaßlich ins Schwarze getroffen. Plötzlich ist die öffentliche Aufmerksamkeit wieder da. Wie man eine gute Gesprächsebene erfolgreich abbrechen und die Stimmung nachhaltig vermiesen kann, haben OB Wingenfeld und Stadtbaurat Schreiner bis zu diesem Zeitpunkt durch öffentliches Aussitzen demonstriert. Da hilft auch der Verweis der Teilnahme an der Lenkungsgruppe, die begleitend zum Förderprogramm die Lage im Gebiet erörtert, nicht wirklich weiter. Diese hat ausschließlich beratende Funktion, die daran Teilnehmenden dürfen sich gebauchpinselt fühlen und die Stadt hat hiermit ihrer Meinung nach der Förderbedingung „Bürgerbeteiligung“ genüge getan.
Doch ein solches, für die sensible Stadtentwicklung wichtiges Thema braucht ein bisschen Dünger. In Blumenbeeten, die nicht gepflegt werden, setzt sich schnell Unkraut fest. Bildlich so hängengelassen machte die BI, was „Unkraut“ naturgemäß macht: Wurzeln tiefer graben, Gartengelände instand(-be)setzen und Kübel bepflanzen. Kaum waren die ersten Triebe im Hof und „Vonderau-Park“ durch massive Hilfe vieler Beteiligter und pressebegleitend geschossen, kam die Meldung, die Investoren Burg & Geisendörfer würden die bestehenden Mietverträge in der L14 bis Ende 2017 verlängern. Ob dieses großzügige Angebot mit möglicher Förderung über das Stadtumbauprogramm zu tun hat und somit in diesem Jahr vermutlich nicht mehr mit Baumaßnahmen zu rechnen sei, darüber wird allenthalben spekuliert. Nicht spekulieren dagegen lässt sich über die nach wie vor bestehende Existenzbedrohung der über zwanzig Initiativen in der L14. Sowohl das Jugendwerk als auch die anderen Initiativen brauchen Planungssicherheit und zogen deshalb von Beginn an die Stadt in die Verantwortung.

Dass OB Wingenfeld die Wichtigkeit eines solchen Angebotes verstanden hat, daran lies er gegenüber der BI keinen Zweifel. Kein Wunder, in der Stadt wird außer Hoch- und Trivialkultur wenig angeboten, was an Nachhaltigkeit interessierte junge Menschen auch über ihr Studium hinaus hier halten würde. Doch am Verbleib vieler Studierender nach ihrem Abschluss in der Region haben auch Wirtschaft und Politik großes Interesse, wie in Sonntagsreden über den Status der Hochschule Fulda als stetig wachsendes Wissenschaftszentrum immer wieder betont wird.
Wie also herauskommen aus der Situation, die für die Stadt immer mehr zum Dilemma wird? Eine Option wäre, Freiräume zu ermöglichen durch Rückkauf des vorderen Geländebereiches an der Langebrückenstrasse. Dies wurde von der BI vorgeschlagen und von der Stadt auch bereits zu Jahresbeginn vertreten und nun wieder mit blumigen Worten relativiert. Einen Schritt vor und zwei zurück. Denn für diese Umsetzung muss eine Menge Geld in die Hand genommen werden, was aber nach Abschluss der Haushaltsbilanz 2016 zweifelsohne vorhanden ist. Doch ob die Stadt bereit ist, dafür in die Tasche zu greifen, mag bezweifelt werden. Legt man die bisherige jahrelange Nichtfinanzierung der Angebote in der L14 zugrunde, bewegen sich die geforderten finanziellen Investitionen der Stadt sowohl gegenwärtig, als auch zukünftig im Bereich von Peanuts, verglichen mit dem laufenden monetären Aufwand für anderweitige prestigeträchtige Kulturinvestitionen und -institutionen. Auch sind hier erstens politischer Wille und zweitens Fingerspitzengefühl gefragt. Beides scheint nur bedingt vorhanden zu sein und so fühlen sich jetzt sowohl die Stadt Fulda als auch die Investoren offensichtlich getrieben durch die öffentliche Solidarität mit der L14 und das phantasievolle Vorgehen der dortigen Akteure. Schließlich gilt es auch, einen erheblichen Imageverlust entgegenzutreten. Nach wie vor wird das L14 nicht nur von Filmkameras begleitet, mit der Absicht, nach Ende des wie auch immer verlaufenden Prozesses einen Dokumentarfilm herauszugeben, in dem letztlich jeder gut dastehen will. Auch die wissenschaftliche Begleitung im Rahmen einer Masterthesis durch einen Studenten der Universität Kassel läuft parallel. Dort hat man das wissenschaftliche Potential eines solch urbanen Zentrums inmitten der ansteigenden Gentrifizierung erkannt. Diese Publikation ist bundesweit für die Soziologie und Stadtraumforschung äußerst interessant, zumal sie thematisch außerhalb der im Fokus stehenden Metropolen angesiedelt ist.

Doch wie es nach der vertraglichen Übergabe des kompletten Areals an die Investoren Burg & Geisendörfer ab Juli 2017 tatsächlich weitergeht, ist nicht nur eine Frage von Verhandlungsgeschick, Argumentation, Vertragsklauseln und Kontostand. Es ist vor allem eine Frage des Interesses seitens der Öffentlichkeit und eine Frage der praktizierten Solidarität!

Welcome to Schilda

Part No. 1: „Je suis... nur noch am Fremdschämen“ - Ein Beitrag von Christoph Wollscheid

Mögen uns einige politische Eskapaden zu früheren Zeiten nicht hinnehmbar erscheinen, so sind sie heute doch allzu oft Normalzustand geworden. Das liegt wohl nicht daran, dass die Bürger dieses Landes und dieser angeblich „bunten, weltoffenen und toleranten Stadt“ damals noch einer wesentlich humaneren Geisteshaltung folgeleisteten.

Es ist heute nur der Punkt erreicht, an dem die fortlaufende Rechtspopulismuswelle die Menschen bestärkt, ihre inneren Ressentiments unverblümt nach außen zu kehren und weiterhin zu festigen.
Vor vier Jahren hatte ich noch ein Erlebnis der dritten Art, als ich wochenends in einer Lokalität mit Ruf und Namen im Bermudadreieck mich mit einem Menschen unterhielt, dessen Einstellung ich eigentlich schon vom Aussehen hätte herleiten müssen. Der „Patriotic-Pride“-Pulli sprach Bände, und ich wollte es lieber nicht darauf ankommen lassen, mich mit ihm über Politik zu unterhalten. Er zog es insgesamt auch vor, über die Freundschaft zu fabulieren und erzählte davon, wie er und sein bester Kumpel jeweils gleichzeitig immer auf ähnliche Ideen kämen. Als sie letztes Jahr so dasaßen und nach einer passenden Idee für diesen Brauch suchten, seien sie im selben Moment auf ein und denselben Einfall gekommen: „Wir stellen uns auf den Uniplatz und bewerfen die Bimbos mit Bananen!“ Er redete im Anschluss noch davon, dass sie das dann auch so durchgezogen hätten. Meiner damaligen Begleitung macht es heute noch Spaß, meinen Gesichtsausdruck nachzuahmen, den ich daraufhin entgegnen musste.

Kein Blackfacing: Zwei junge Rhönschafe (Foto: Sudorculus, Wikipedia, CC-BY-SA 3.0)

Wir spulen vier Jahre vor und ich muss zugeben, dass in der Debatte rund um den „Südend-Neger“ gewisse Parallelen zu der Geschichte von damals zu finden sind. Das Bild des primitiven, dunkelhäutigen Afrikaners wird mit Humor aufrechterhalten, doch im Gegensatz zu der Einmal-Aktion von zwei Spatzenhirnen vor vier Jahren hat diese selbsternannte Tradition diesmal Kontinuität. Neben der Kannibalismusästhetik trägt der inzwischen bundesweit bekannte Fastnachtsverein auch Uniformen zur Schau, die an die kolonialistischen Herrenmenschen der Kaiserzeit erinnern, und es wird ein Schlachtruf geübt, der die für westliche Ohren anscheinend unzivilisierte Sprache afrikanischer Menschen parodiert. Ein Extremfall, der wiederum eine Gruppe von linksgerichteten Studierenden in Fulda auf den Plan brachte, den Dialog mit dem Fastnachtsverein zu suchen. „Alles ganz human, die sind sich der Sache nicht bewusst, mit denen kann geredet werden“ - dachten sie. Als die erhoffte Einsicht sich nicht einstellte, entschied sich die Gruppe, den Umstand öffentlich zu machen. Und was macht Schilda? Schilda solidarisiert sich mit dem Verein. Von Oberbürgermeister bis Hochschuldekan scheint man kein Problem damit zu haben, geht den vorliegenden Argumenten völlig aus dem Weg und ignoriert die Kritik. Dabei braucht es nur ein kurzes Beispiel, um die gesamte Gemengelage richtig zu beschreiben: „Blackfacing“ hat sich zu seiner Anfangszeit als Kunstform in der amerikanischen Bühnenkultur des 18. und 19. Jahrhunderts etabliert. Weiße Schauspieler verkleideten sich als Afroamerikaner, um schwarze Stereotype aufs Korn zu nehmen und diese dadurch zu festigen. Diese zutiefst menschenverachtende Form der Unterhaltung erfüllte nicht nur den Zweck der Selbstprofilierung der weißen Oberschicht, dunkelhäutige Amerikaner sollten auch gezielt in die Rolle des Untermenschen gedrängt werden, um die grassierende Apartheit aufrecht zu erhalten. Nehmen wir mal an, wir würden anstelle des „Blackfacings“ ein „White Facing“ erfinden, bei dem schwarze Menschen sich als „ach so zivilisierte“ Weiße verkleiden, um dann im Anschluss auf der Bühne schwarze Sklaven auszupeitschen… Richtig, die Allgemeinheit und die Boulevardblätter sprächen sofort von einer unterirdischen Geschmacklosigkeit. Und genau das ist die ganze Chose mit dem „Südend-Neger“ unterm Strich.

Der Verein gibt sich weiterhin nicht einsichtig, verteidigt sich mit dem losen Argument der Tradition. Dann wird im Anschluss eine Strategie gefahren, in der die Deutschen Weltmeister sind - nach begangener Tat folgt die eigene Opferinszenierung. Der Verein beantragt für den Rosenmontagszug Polizeischutz, und es erscheint ein Artikel mit einem Bild des süßen älteren Karnevalisten, der die Rolle des „Südend-Negers“ mimt, auf dem er traurig guckt, um die Gemüter zum Schmelzen zu bringen. Er will ja nur seinen Spaß haben und niemanden kränken. Der unweigerliche Tiefpunkt der ganzen Krux wird erreicht, als sich einige von Schildas Bürgern auf dem Rosenmontagszug 2017 mit dem Verein solidarisch zeigen wollen. Sie hängen sich dazu Schilder um, auf denen: „Je suis Südend“ steht. Damit wird das islamistische Attentat in Paris mit den Rassismusvorwürfen, denen der Verein berechtigterweise ausgesetzt ist, gleichgesetzt. Dass dadurch nicht nur rassistische Stereotype unterstützt, sondern auch die von Klerikalfaschisten ermordeten Menschen in Paris verhöhnt werden, scheint den jeweiligen Menschen nicht aufzufallen. Theodor W. Adorno pflegte es, jeglichen Zustand von Faschismus und Gewalt als Barbarei zu bezeichnen, da diese sich gegen die Gedanken von Aufklärung und Humanität richten. „Barbarei“ als Wort beinhaltet in sich schon, dass etwas als primitiv und unzivilisiert betrachtet wird. Beim Fall des „Südend-Negers“ ist es auffallend, wer die eigentlichen Primitiven sind, und das sind mit Sicherheit nicht Menschen afrikanischer Herkunft.

Rundschreiben zum 6. Jahrestag Fukushima

Ein Beitrag von Kazuhiko Kobayashi

Liebe Freundinnen und Freunde,

Am 11. März 2011 überfiel ein großes Erdbeben mit der Stärke (Magnitude) Mw 9.0 das Nordostgebiet Japans, dessen Epizentrum 70KM östlich von der Stadt Sendai im Pazifik lag, zerstörte viele Städte und der Tsunami riß mit seiner Urgewalt unzählige Häuser und Menschen tief ins Meer mit. Aber noch die zweite Katastrophe begann bereits am darauf folgenden Tag. Diese Naturgewalt hat schließlich am 12. März den ersten Reaktor des FUKUSHIMA-DAIICHI-Atomkraftwerks, am 14. den dritten und am 15. den vierten jeweils zur Explosion geführt. Infolgedessen wurde neben allen anderen radioaktiven Nukliden z.B. mehr als 300fach radioaktives Caesium als bei dem Atombombenabwurf in Hiroshima in die Luft, in die Erde und ins Meer geschleudert. Aber damit ist es noch lange nicht beendet. Seit der Katastrophe setzt sich die radioaktive Verseuchung ununterbrochen fort, nicht bis heute oder morgen, sondern 10 Jahre, 20 Jahre, 50 Jahre, 100 Jahre und noch weiter.

Es ist unbekannt, wann diese ganzen Verseuchungen zu Ende gehen, wir wissen nur, daß sie über Generationen dauern. Sie riechen nicht, sie sind nicht zu sehen und auch nicht zu spüren, aber sie verseuchen ununterbrochen in aller Stille Schritt für Schritt unseren Erdboden, unsere Luft und unsere Flüsse und Meere immer weiter, weltweit.

Wir, alle samt unseren unschuldigen Kindern und schließlich sämtliche Leben auf unserem Planet sind inneren und äußeren radioaktiven Strahlenexposionen ausgesetzt. Welches verheerende Unheil!

Und diese Katastrophe hätte man vermeiden können, wenn die politischen Machthaber und Industrien Japans die Vernunft gehabt hätten, in diesem extrem erdbebenbedrohten Land keine Atomkraftwerke zu bauen.

Die ganze Präfektur Fukushima, sogar auch viele einzelnen Orte in den umgebenden bzw. naheliegenden Präfekturen sind imgrunde weit höher radioaktiv kontaminiert als der bisher gültige sogenannte unbedenkliche Sicherheitsgrenzwert von 1 mSv pro Jahr. Nun nennt die Regierung seit geraumer Zeit anstatt 1mSV den 20fach höheren Wert, nämlich 20mSv pro Jahr als neuen unbedenklichen Wert. Aber selbst dieser Wert wird in vielen Hot Spots in den genannten Gebieten locker übertroffen.

Man schätzt die Flüchtlinge, die seit dem SuperGAU bis jetzt außerhalb der Präfektur Fukushima geflohen sind, ca. 50,000. Das ist sehr geringe Zahl, wenn man die Bevölkerungszahl 2 Millionen von Fukushima kurz vor dem SuperGAU in den Vergleich zieht.

Ich stelle auch fest, daß die meisten von ihnen die jungen Mütter sind, die überdurchschnittliche Schulbildung haben und gewohnt sind, von Fakten ausgehend selbstständig und kritisch zu denken und sich nicht von der Propaganda der Regierungsseite beeinflussen zu lassen, und sich entschlossen haben, trotz größter finanzieller sowie familiärer und gesellschaftlicher Probleme aus Fukushima zu fliehen, vor allem, um ihre Kinder zu schützen.

Und gerade von diesen mutigen und verantwortungsbewußten Müttern sind die meisten am härtesten getroffen und von der Öffentlichkeit in Stich gelassen. Sie leiden heute in großer Armut oft ohne Zukunftperspektive.

Viele von ihnen mußten alleine fliehen, während ihre Männer jobswegen in Fukushima blieben und ihnen von ihrem Verdienst Geld schickten. Aber im Laufe der Zeit hat das lange getrennte Leben sie psychisch und finanziell extrem belastet und schließlich viele von ihnen dazu geführt, daß ihre Ehen kaputt gingen. Dadurch gerieten solche Mütter mit ihren Kindern in hoffnungslose Finanzkrise und starke Depression.

Das ist die Folge der verantwortungslosen, verbrecherischen Atompolitik Japans.

Schließlich haben sowohl die Regierung als auch TEPCO alle diesen Flüchtlingsfamilien, die nicht aus den unmittelbar akw-nahen 20KM -Evakuierungszonen stammen, keinerlei finanziell unterstützt, obwohl, im Grunde genommen, das ganze Gebiet der Präfektur Fukushima und auch einige Umgebungsgebiete nach wie vor überall unzählige sogenannte Hot-Spot-Ecken mit bedrohlich hohen radioaktiven Strahlungswerten haben und daher, kurz gesagt, ohne gesundheitliche Risikos nicht bewohnbar sind.

„Das ganze Gebiet Fukushima ist sicher, zu wohnen, keine gesundheitlichen Bedenken!!!“ Das ist die tägliche Propaganda der Regierung mit vollen Lügen.
Die für sie unbequemen Wahrheiten werden nach wie vor strikt verheimlicht.

Die meisten unkritischen Bürger in Fukushima wohnen dort und glauben, wie sie vor dem SuperGAU an jene Propaganda „Atomkraftwerke sind 100% sicher und liefern den saubersten und billigsten Strom!!“ geglaubt haben, auch diesmal wieder an die tägliche Propaganda „ Fukushima ist sicher, alle sollen nach Fukushima zurückkommen!“.

Nun wird auch die fast einzige Unterstützung, die die Regierung und die Präfektur Fukushima bis jetzt diesen geflohenen Müttern und Kindern je nach den Umständen gegeben haben, nämlich ihnen bestimmte Sozialwohnungen in ihrem Wohnort mietfrei zur Verfügung zu stellen, per Ende März dieses Jahres eingestellt.
Sie sagen nämlich: Fukushima sei sicher zu wohnen, also kein Grund zur Flucht. Wenn sie dennoch weiter im Fluchtort bleiben wollten, sollten sie dann ab April entweder die Miete zahlen oder die Wohnung verlassen.
Die Flüchtlinge und Bürgerinitiativen protestieren zwar dagegen und wollen die
mietfreien Wohnungen weiterhin beanspruchen. Hierfür besteht aber kaum Chance..

Im Hinblick auf diese schwierigste Lage bitte ich Euch alle ganz herzlich um Eure solidarischen Spenden für diese hilflosen Mütter und Kinder.

Kontonummer für „Spenden für Kinder in Fukushima“

Commerzbank Hamburg
- Filiale Jungfernstieg
Kontoinhaber: Kazuhiko Kobayashi
Konto Nr.: 0966002101
Bankleitzahl: 200 800 00
IBAN: DE43200800000966002101

Bitte gebt bei der Überweisung als Verwendungszeck folgendes an:
„Spenden für Kinder in Fukushima“

Tokyo, 6. März 2017

Viele herzliche Grüße
Kazuhiko Kobayashi

Die Strompreislüge

Warum die Erneuerbaren Energien nichts an der Strombörse zu suchen haben

Jedes Jahr schallt es durch alle Medien, wenn die Zahlen zur neuen EEG Umlage bekannt gegeben werden: „Schon wieder teurer. Und das alles wegen der Energiewende!“ Erneuerbare Energien, so heißt es Land auf und Land ab, erhöhen die EEG Umlage dramatisch, und somit auch die Stromrechnung. Der Strom wird teurer, wegen der EEG Umlage und diese steigt, weil die Erneuerbaren zu teuer sind.

Oft genug wiederholt, prägt dieser Trugschluss das gängige Meinungsbild. Viele glauben alles, wenn sie es nur oft genug hören oder lesen.
Dumm nur, es stimmt eben einfach nicht! Die EEG Umlage würde selbst dann steigen, wenn keine weiteren Windkraft- oder Solaranlagen gebaut würden. Die Preissteigerung hat, so unglaublich es klingen mag, nichts mit den erneuerbaren Energien zu tun.
Die ursprünglich gute Idee der Umlage wird seit 2010 durch eine neue Berechnungsmethode unterwandert (siehe Grafik), welche unter der damaligen schwarz-gelben Regierung eingeführt wurde. Fairerweise muss man erwähnen, dass dieser Fehler auch unter Mitregierung der SPD nicht wieder korrigiert wurde.

Die Grafik zeigt, dass die Entwicklung der EEG-Umlage in ihrem Verlauf bis 2009 der Entwicklung der tatsächlichen EEG-Kosten entsprach. Sie stieg moderat gemäß des Zubaus an neuen Anlagen. Ab 2010 aber beginnen die Kosten, losgelöst vom Ausbau, exponentiell zu explodieren.
Wie konnte das passieren? Erinnern wir uns kurz, wie die ursprüngliche EEG Umlage – vor 2010 – berechnet wurde. Stark vereinfacht bekam jeder Betreiber z.B. einer Solaranlage als Anreiz zur Investition in Erneuerbare Energie einen festgeschriebenen Betrag für die erzeugte Kilowattstunde. Dieser war etwas höher als der reguläre Strompreis. Die Mehrkosten wurden durch die EEG-Umlage abgedeckt und auf fast alle Stromverbraucher verteilt. Sehr wenige stromintensive Unternehmen waren davon befreit. Mehr Anbieter, also der Ausbau von erneuerbarer Energie, bedeuteten damals eine höhere Umlage. Durch die jährliche Anpassung der Vergütung reduzierten sich aber die Kosten für die Umlage wiederum.

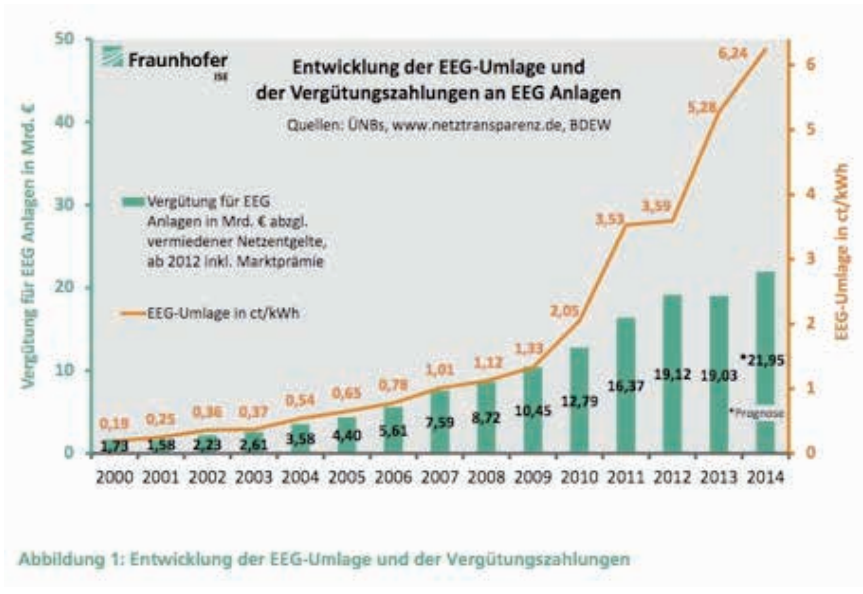


Abbildung 1: Entwicklung der EEG-Umlage und der Vergütungszahlungen

Seit 2010 nun wird die Umlage anders berechnet. Wieder vereinfacht bildet sich die EEG-Umlage nun aus der Einspeisevergütung (Betrag, der dem Erzeuger erneuerbarer Energien durch das EEG zugesichert wird) minus dem Erlös, den der Netzbetreiber für Erneuerbare an der Strombörse erzielt.

EEG Umlage ist Einspeisevergütung minus Erlöse

Der gesamte Strom aus Erneuerbaren muss seit dieser Zeit zu 100 % an der Strombörse gehandelt werden[1]. Hier werden die Preise auf der Basis der sogenannten Grenzkosten ermittelt. Bei fossiler Energieerzeugung sind dies hauptsächlich die Kosten für Kohle, Gas oder Öl.
Auf Solar- oder Windstrom aber passt diese Berechnung nicht. Sie haben per se so gut wie keine Grenzkosten. Wind und Sonne sind eben frei verfügbar. Dies führte dazu, dass 2010 die Erlöse für Erneuerbare an der Börse schlagartig sanken – quasi auf Ramschniveau. Bei ähnlicher Einspeisevergütung aber deutlich geringeren Erlösen führte dies dann zu einer plötzlichen Erhöhung der EEG Umlage (siehe Sprung in der Grafik).
Hier darf man kurz auch daran erinnern, dass gleichzeitig viele Betriebe von der Umlage befreit wurden. Dadurch wurden noch mehr Kosten von der Industrie auf den Ottonormalverbraucher abgewälzt.

Es war vor sieben Jahren schon absehbar, dass die Einspeisevergütungen trotz Zubau nicht signifikant steigen werden. Es ist wie bei allen Technologien, steigert sich die Effizienz, verringern sich die Produktionskosten. Nach der „alten“ Berechnungsmethode (siehe Grafik, grüne Säulen) wäre somit auch die EEG Umlage nur mäßig erhöht worden.

Der Anstieg der Erneuerbaren senkt noch aus einem weiteren Grund den Strompreis an der Börse (und erhöht dadurch wie beschrieben die EEG-Umlage): Der Strom an der Börse wird in einer bestimmten Reihenfolge gehandelt. Zuerst geht der Strom mit den geringsten Grenzkosten weg. Die am teuersten produzierenden konventionellen Kraftwerke werden so durch den Markteintritt eines Kraftwerks mit geringeren Grenzkosten in Zeiten hoher EEG-Strom-Einspeisung aus dem Wettbewerb verdrängt. Der Börsenpreis und damit die Gewinne der Netzbetreiber sinken also (Merit-Order-Effekt), je mehr erneuerbare Energien eingespeist werden.

Und nun wird auch klar, warum sich die EEG Umlage und somit die Stromrechnungen so stark erhöhen. Wenn bei einer Minusrechnung, die Zahl die abgezogen wird(Erlöse an der Börse), immer kleiner wird, und die Zahl, von der abgezogen wird (Vergütung an die Produzenten) in etwa gleich bleibt, erhöht sich das Ergebnis (EEG Umlage) signifikant.
Oder anders gesagt, obwohl der Strom aus Erneuerbaren immer preiswerter wird, steigen die Kosten für den Bürger!

In der Konsequenz sollte Strom aus erneuerbaren Energien also am besten gar nicht an der Börse gehandelt werden, sondern die kostengünstige Produktion an die Verbraucher weiter gegeben werden. Das würde allerdings den Profit der Netzbetreiber senken, und hier haben wir vielleicht auch den Grund für die derzeitige Politik

Vielleicht denken Sie bei der nächsten Berichterstattung über den Kosten-Tsunami der Energiewende daran, dass wir alle für dumm verkauft werden.

https://www.ise.fraunhofer.de/de/veroeffentlichungen/studien/kurzstudie-historische-entwicklung-eeg-umlage.html

https://www.vattenfall.de/de/info-welt-energie-eeg.htm

P.S.

Mit 6,24 ct/kWh in 2014 hat sich die Umlage seit 2009 nahezu verfünffacht, während sich die Vergütungszahlungen mit voraussichtlich 21,26 Milliarden Euro nur etwas mehr als verdoppelt haben.

Ohne die o.g. Effekte läge die EEG -Umlage 2014 bei 4,1 Cent/kWh anstatt 6,24 Cent/kWh.

[1]Nicht der gesamte Strom des Strommarktes wird übrigens dort gehandelt, sondern nur ein kleiner Teil, ca. 20-25% derzeit. Die Entwicklungen an der Strombörse sind kein Abbild des gesamten Strommarktes. Der EEG-Strom muss jedoch seit 2010 fast vollständig an der Börse vermarktet werden. Ausgenommen ist der Strom, der direkt für den Eigenbedarf erzeugt wird, zum Beispiel durch eine firmeneigene Solaranlage.

von Ines Korlev

Im Schatten des Shredder

SHREDDER!
Eine neue Schreckschruwe spukt durch Eichenzell: Shredder! Sollte der Heldenmut der Ninja Turtles umsonst gewesen sein? Dem Erzbösewicht, der einst in Manhattan unter seinem bürgerlichen Namen Oroku Saki zu zweifelhaftem Ruhm gelangte, scheint tatsächlich eine erneute Mutation gelungen. Als schreckliches Maschinenwesen tyrannisiert Shredder nun das idyllische Örtchen an der Fulda. Unersättlich frisst er Schutt und Müll, zermalmt, was ihm ins Maul geworfen wird, macht ungeheuren Krach und spuckt giftigen Feinstaub in die Umgebung.

Nun, so etwas sollte uns nicht weiter beunruhigen. Daran sind wir als Bewohner einer Industrienation doch seit vielen Jahrzehnten gewöhnt. Leider. Doch Vorsicht! Shredder hat gefährliche Verbündete um sich geschart. Es ist ihm gelungen, eine Truppe in seinen Bann zu ziehen, die sich im Kampf gegen die bösen Windräder verdient gemacht hat. Unter ihrem subversive Decknamen Naturschützer haben sie es verstanden, der Bevölkerung Angst vor Infraschall einzureden und sie damit zum Widerstand gegen den Windkraft-Clan anzustacheln, der angeblich die Menschheit vernichten will.
Auch Shredder hätten sie mit ihren Methoden sehr gefährlich werden können. Jetzt aber stehen sie unter seinem Bann. Shredder hat es mit ihrer Hilfe geschafft, sich als den Guten, Windräder aber als das große Übel, den gemeinsamen Feind darzustellen. Die Not -also zumindest die Erklärungsnot- ist seither zu monströser Größe gewachsen. Wem soll man jetzt noch Glauben schenken können?
Im Blendlicht der Kampagne hatte Shredder zeitweise schon die Kontrolle über die lokale Presse gewonnen. Seitenweise warb sie für den sinisteren Müllbrecher. Der schwarze Schattenkämpfer machte ausgerechnet jenes unverdächtige Blättchen, das sich sonst so rührend für den Schutz unserer wunderbaren Natur einsetzt*, zum Werkzeug seiner Machenschaften.
Nachdem aber die tapferen Streiter sich gegen den Brecher faktensichre Gutachter in Sachen Emissions- und Umweltschutz an die Seite holten, rudert das Lokalblättchen langsam zurück. Vielleicht, um von den letzten verbliebenen Lesern aus Eichenzell nicht völlig ungelesen geschreddert zu werden.
Und nicht nur das! Auch auf unbestechliche Politiker aller Couleur dehnt sich sein dunkler Einfluss aus. Selbst unser ehrwürdiger Landrat wirft sich für ihn in die Bresche. Ein rechtschaffender Mann, der uns bisher so tapfer vor allen Einflüssen linkischer Bedrohungen bewahrt hat, legt für ihn sein gewichtigstes Argument in die Waagschale: Shredder schafft Arbeitsplätze! Etwas, das er bei Investitionen in Erneuerbare Energien nie über die Lippen bekommen hätte. Dem lärmenden Schurken ist es gelungen, einen Spaltpilz in die Gesellschaft zu schlagen, Fronten zu verhärten und selbst gestandene Biobauern ihre Farbe vergessen zu lassen.
Dies alles lässt nur eine Schlussfolgerung zu:
Shredder ist stärker als je zuvor. Wird es Meister Splinter und seinen Ninja-Turtles gelingen, die Widersprüche zu entwirren, in die sich angesehene Persönlichkeiten so hoffnungslos verheddert haben? Werden sie Licht ins Gewirr der Argumente bringen können? Eines scheint sicher, die jungen Helden werden unsere Hilfe gut gebrauchen können - wenn es überhaupt noch jemanden geben sollte, der sich retten lassen will. Schließlich ist es kein schöner Anblick, die Freunde Shredders entlarvt zu sehen und nichts weiter bleibt als nackte Heuchelei.
*ok, fast immer -außer wenn unsere grünen Wiesen und Wälder durch tolle Neubaugebiete, neue Straßen oder gewinnversprechende Gewerbegebiete zubetoniert werden, es um die Autobranche oder den Kaliabbau geht -wer auch immer Nutzniesser davon sein sollte?!
Anmerkung der Redaktion:
Das Agorateam wünscht der IG Schredder für ihren Kampf Mut, Augenmaß und Ausdauer,
um eine gute Lösung für alle Beteiligten zu finden. Lebensqualität ist nicht allein von reiner Luft, sondern auch vom reinen Tisch abhängig. Wer Auseinandersetzungen führt, sollte dies so tun, dass man sich danach auch wieder zusammensetzen kann.
Ihre Initiative nennen wir gelebte Bürgerpolitik! Hut ab!

Foto: pixabay

Ines Korlev, geboren 1955 in der der Nähe von Bad Brückenau studiert seit geraumer Zeit Landes- und Bundespolitik (Magister). Über ein Volontariat in der Schülerzeitung ihrer Grundschule schnupperte sie erste Zeitungsluft und fand nun nach einer abwechslungsreichen beruflichen Laufbahn vor drei Ausgaben zur AGORA. Hier schreibt Frau Korlev seitdem gewitzte (und auch ernsthafte) Briefe aus der Redaktion, frei von der Leber weg.

Hochachtungsvoll,
Ihre

Ines Korlev

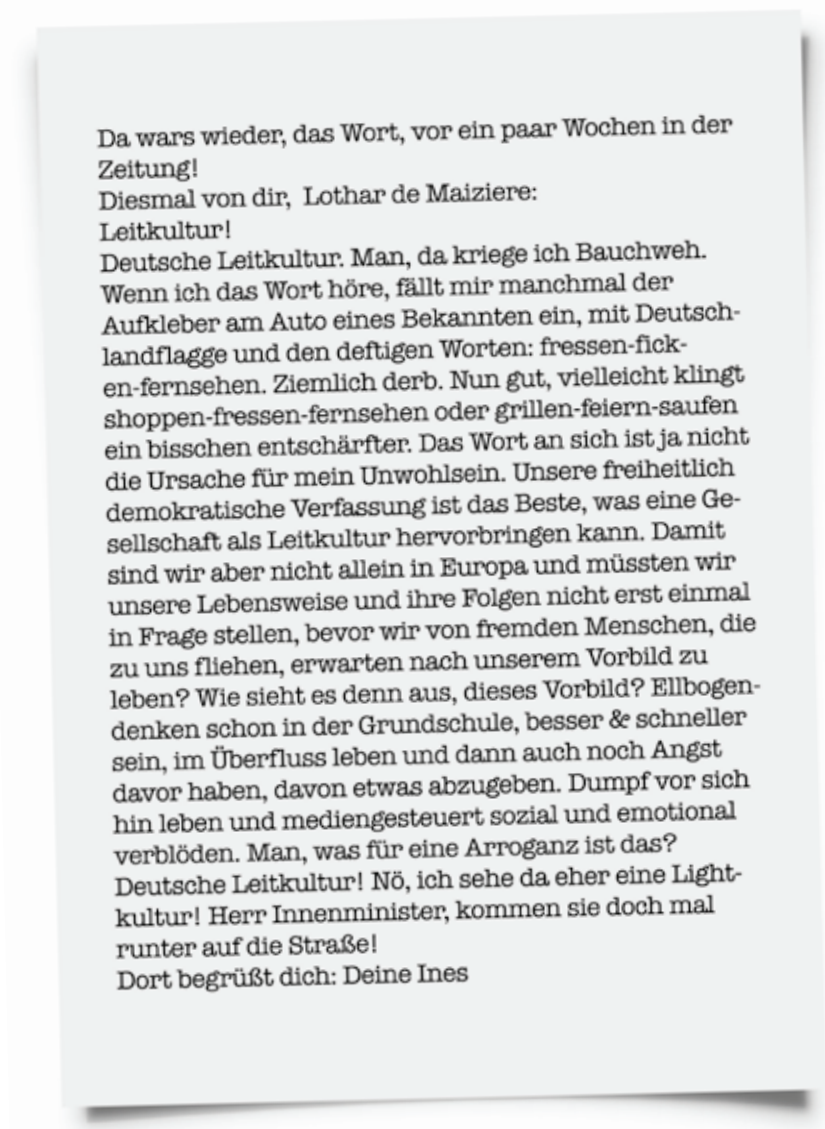
Klar weiß ich,

Dr. Heiko Wingenfeld,
OB der Stadt Fulda,

dass die Foaset inzwischen längst vorbei und das Getöse rund um den Karnevalsverein Südend im beginnenden Sommer längst Schnee von gestern ist, von dem kein Rucksack mehr was hören will.
Aber was, um Himmels Willen, haben Sie denn damit gemeint, als Sie zur hurra-patriotischen Verteidigung der kolonialistischen Völkermordfolklore an die Adresse der Kritiker büttenhaft meinten, „ihr habt von Fastnacht keine Ahnung“? Alles erlaubt? Spannt der Schirmherr der Faschingsveranstaltungen seinen Schirm zum Schutze aller aktiv beteiligten Narren über jeden noch so geschmacklosen Quark, der unreflektiert von diesen angerührt wird?

Aber eigentlich auch egal, ein bisschen Spaß muss sein. Schließlich steht es jedem frei, sich an Karneval zum Narren zu machen. Gut gemacht.
Die Karawane zieht weiter,
die Ines hat jetzt Durscht.

Tätää, tätää, Ines



Da wars wieder, das Wort, vor ein paar Wochen in der Zeitung!
Diesmal von dir, Lothar de Maiziere:
Leitkultur!
Deutsche Leitkultur. Man, da kriege ich Bauchweh. Wenn ich das Wort höre, fällt mir manchmal der Aufkleber am Auto eines Bekannten ein, mit Deutschlandflagge und den deftigen Worten: fressen-ficken-fernsehen. Ziemlich derb. Nun gut, vielleicht klingt shoppen-fressen-fernsehen oder grillen-feiern-saufen ein bisschen entschärfter. Das Wort an sich ist ja nicht die Ursache für mein Unwohlsein. Unsere freiheitlich demokratische Verfassung ist das Beste, was eine Gesellschaft als Leitkultur hervorbringen kann. Damit sind wir aber nicht allein in Europa und müssten wir unsere Lebensweise und ihre Folgen nicht erst einmal in Frage stellen, bevor wir von fremden Menschen, die zu uns fliehen, erwarten nach unserem Vorbild zu leben? Wie sieht es denn aus, dieses Vorbild? Ellbogendenken schon in der Grundschule, besser & schneller sein, im Überfluss leben und dann auch noch Angst davor haben, davon etwas abzugeben. Dumpf vor sich hin leben und mediengesteuert sozial und emotional verblöden. Man, was für eine Arroganz ist das?
Deutsche Leitkultur! Nö, ich sehe da eher eine Lightkultur! Herr Innenminister, kommen sie doch mal runter auf die Straße!
Dort begrüßt dich: Deine Ines

Schlägt das Herz Europas noch im Takt?

Seit dem 12.03.2017 schlägt der Puls Europas jedenfalls mitten auf dem Uniplatz in Fulda. Seit diesem Tag findet dort jeden Sonntag um 14 Uhr eine Kundgebung der pro-europäischen Bewegung „Pulse of Europe“ statt. Nach einer ersten Veranstaltung im November 2016 in Frankfurt a.M., treffen sich inzwischen in Deutschland und weiteren 12 europäischen Ländern wöchentlich zur gleichen Zeit nach Angaben der Veranstalter in rund 85 Städten insgesamt etwa 44.000 Menschen. Sie wollen ein Gegengewicht sein zu lautstarken Europagegnern und rechtspopulistischen Parteien und gerade auch vor den Wahlen in Holland, Frankreich und Deutschland die andere Seite, das „Pro-Europa“, sichtbar und hörbar machen.

Es ist erfreulich, dass sich aus diesem Anlass Sonntag für Sonntag Menschen auf Plätzen versammeln, dort auf Nachbarn, Kollegen und neue Bekannte treffen und sich für etwas stark machen. Und das nicht etwa, weil der verkaufsoffene Sonntag mit Schnäppchen lockt, sondern weil oder obwohl hier was mit Politik passiert. So entsteht in vielen Städten eine reale Agora, also ein zentraler Versammlungsplatz in griechischer Tradition, der dem Meinungsaustausch und der Meinungsbildung dient. Nachdem in letzter Zeit allgemeine Politikverdrossenheit und der Rückzug ins Private vor allem den rechten Kräften Aufschwung verliehen haben, ist eine solche Dynamik wirklich begrüßenswert.
Doch es gibt auch Stimmen, die die Bewegung „Pulse of Europe“ hinterfragen. Ihnen fehlen konkrete Inhalte oder sie finden, dass die Lage in Europa durch die Veranstaltungen beschönigt wird. Uns hat ein solcher kritischer Beitrag erreicht, und wir bieten den nachfolgenden persönlichen Erfahrungsbericht im Sinne der Meinungsvielfalt zur Diskussion an.
„Europa“ und wie es gestaltet werden kann, soll auch ein Schwerpunktthema der nächsten Ausgabe werden. Uns interessiert, was es braucht, um die sogenannten europäischen Werte (welche genau?) in einer Gemeinschaft der Vielfalt auch tatsächlich zu leben und danach zu handeln (wie genau?). Und uns interessieren Ihre Gedanken dazu.

Wir hatten das Organisationsteam von Pulse of Europe Fulda über den kritischen Beitrag informiert und darum gebeten, einen eigenen Text zu den Hintergründen und der Motivation der Bewegung gegenüberzustellen. Das Team hat sich dagegen entschieden und geantwortet, man drücke jeden Sonntag auf dem Uniplatz aus, worum es gehe.

„Pulse of Europe“ - Eine Bewegung von unten oder was?

Eine Selbsterfahrungsbericht von Günther Kluge

Kundgebung der Bürgerinitiative „Pulse of Europe“, Frankfurt am Main, 19. Februar 2017 (Foto: HajjiBaba, Wikipedia, CC-BY-SA 4.0)

Durch eine Rundmail von attac Fulda war ich darauf aufmerksam geworden, dass sich am 12.03.2017 um 14 Uhr auf dem Universitätsplatz in Fulda Menschen im Namen der o.g. neuen Bewegung versammeln wollten. Ich fand das sehr interessant und nahm mir vor, dahin zu gehen.

Als ich am Sonntag dort ankam, empfing mich ein Meer aus blauen Luftballons und EU-Fähnchen und Blumen wurden verteilt. Hm, dachte ich, gut organisiert. Und wer bezahlt das? Dann wurde die Kundgebung eröffnet. Unter anderem wurde ein Grußwort des CDU-Oberbürgermeisters von Fulda verlesen. Kurze Zeit später sah ich, dass auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Brand anwesend war und sich durch die Menge bewegte. Die kurzen Irritationen verschob ich ganz schnell weit hinten ins Unterbewusstsein, meine positiven Erwartungen an die Sache waren doch sehr stark.
Dann hielt ein junger Mann, ich erinnere mich nur noch an seinen Vornamen Jochen, eine Rede. Diese Rede war richtig gut und sehr beeindruckend. Sie hat mir aus der Seele gesprochen. Am Ende der Veranstaltung ging ich ganz beseelt von der guten Sache nach Hause und nahm mir fest vor, am nächsten Sonntag wieder zu kommen.
Am folgenden Samstag, den 18.03.2017, stolperte ich dann in der Zeitung „Fulda aktuell“ über einen Artikel der Rubrik „Brand Aktuell“, in dem der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Brand über Pulse of Europe schreibt und sich bei den Initiatoren für ihr Engagement bedankt.
In mir kam Unbehagen hoch. Offensichtlich hatte Herr Brand Kontakt zu dem Gründer der Bewegung, wie sich aus der Formulierung „… berichtete mir Initiator Daniel Röder…“ schließen lässt.
Ich wurde neugierig und wollte wissen, wer Daniel Röder ist. Ich recherchierte im Internet und fand heraus, dass Dr. Daniel Röder Mitbegründer und Mitinhaber einer renommierten Frankfurter Anwaltskanzlei ist, die voll für die Interessen der neoliberalen Wirtschaft arbeitet. Bei meinen Recherchen stieß ich auch auf eine Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann vom 09.03.2017 vor dem Bundestag zur Europapolitik, in der er „Pulse of Europe“ über den grünen Klee lobte. Nun war ich vollständig verunsichert, was es mit dieser als „Bürger“-Bewegung bezeichneten Gruppierung auf sich hat.

Ich entschloss mich trotzdem, am 19.03.2017 wieder zur Versammlung zu gehen, um mir einen Eindruck zu verschaffen. Auf dem Universitätsplatz kam mir gleich ein junger Mann entgegen und wollte mir ein blaues Fähnchen in die Hand drücken. Ich sagte ihm, dass ich verunsichert über den Hintergrund der Bewegung sei und erstmal kein Fähnchen annehmen wolle. Daraufhin begann er mir zu erklären, was für eine gute Sache das sei. Ich zeigte ihm den mitgebrachten Artikel von Herrn Brand, was ihn sichtlich irritierte, und fragte, wer denn dieser Daniel Röder eigentlich sei. Als der junge Mann spontan äußerte: „Das ist mein Schwager“, wollte ich ihm meine Eindrücke schildern, er entschuldigte sich aber wegen Zeitmangels und eilte zur Bühne (es war diesmal ein LKW als Bühne vorgefahren). Das Gespräch war also abgebrochen.
Nun ging ich weiter nach vorne und mischte mich unter die Versammelten. Oben auf der Bühne wurde die Kundgebung eröffnet, und siehe da, vom Schwager des Herrn Röder.
Ich sah einen flüchtig Bekannten, ging zu ihm und begann auch mit ihm ein Gespräch über meine Zweifel. Eine vor uns stehende ältere Dame drehte sich um, und mischte sich ein. Sie verteidigte die Bewegung und die gute Sache vehement. Sie bekräftigte ihre Ansicht mit dem Argument, sie sei 70 Jahre alt und in der Politik erfahren, worauf ich entgegnete, im selben Alter zu sein (Jahrgang 1947) und politisch ebenfalls gut informiert. Ob ich denn nicht wisse, wer sie sei, war ihre Antwort. Als ich dies verneinte, informierte sie mich, dass sie bei der SPD sei und für die Veranstaltung am kommenden Sonntag auch schon fest auf der Rednerliste stehe. Mir entfuhr: „Wie kann man denn noch in dieser Partei sein, die ihre eigenen Prinzipien so verraten hat und an dem europapolitischen Schlamassel mit Schuld ist?“ Ich hatte irgendwie kein gutes Gefühl mehr zu der Bewegung, die mir doch sehr mit den verschiedenen Parteien verbunden schien und verließ den Platz. Im Nachhinein wurde mir bekannt, dass die Dame Barbara Weiler war, von 1994 bis 2014 SPD-Abgeordnete für Nordhessen im Europaparlament.
Später erfuhr ich dann noch, dass auch Alois Rhiel, ehemaliger CDU-Oberbürgermeister von Fulda und als ehemaliger hessischer Wirtschaftsminister, auch ein Vertreter neoliberaler Interessen, eine Rede gehalten hatte. Nach dieser Information konnte ich der Bewegung keine Sympathie mehr entgegen bringen.
Mein Fazit: Hier ist den neoliberalen Wirtschaftslobbyisten ein genialer PR-Coup gelungen. Es wurde der Anschein erweckt, als hätte sich eine Bewegung von unten entwickelt. Jetzt, wo die Menschen auf der Straße sind, wird die Bewegung von den etablierten Parteien vereinnahmt. Es wird auf die europafeindlichen Parteien wie AfD, Wilders, Le Pen etc. geschimpft, für deren Aufkommen letztlich die etablierten Parteien durch ihre unsägliche entsolidarisierende Politik mitverantwortlich sind.
Eine Politik, die unter anderem die Bankenrettung vor die Interessen der Bürgerinnen und Bürger stellt, was ganz konkret in Griechenland zu massiven Kürzungen der Renten- und Sozialleistungen und damit zu realer Armut großer Teile der Bevölkerung geführt hat.
Im Rahmen der Bewegung wird immer wieder stark thematisiert, man solle unbedingt wählen gehen und verhindern, dass die undemokratischen, europafeindlichen Parteien mehr Stimmen bekommen. Auch für mich sind diese natürlich keinesfalls wählbar. Aber die etablierten Parteien stellen sich jetzt in dieser Abgrenzung als „die Guten“ dar. Mit europafreundlichen Sonntagsreden lullen sie die Menschen ein und suggerieren, sie seien die einzig wählbare Alternative. Kritik an ihrer bisherigen Europapolitik wird auf später vertagt und der Eindruck erweckt, die Menschen seien damit doch eigentlich recht einverstanden. Ich kann in der praktizierten Politik dabei nur Hilflosigkeit und Chaos erkennen.
Was ihnen z.B. als einigender Faktor für Europa an vorderster Stelle einfällt, ist eine gemeinsame „Verteidigungs- und Sicherheitspolitik“ - es wird über ein gemeinsames Militär und die damit verbundene angeblich dringend erforderliche Aufrüstung schwadroniert. Das ist nicht das Europa, das ich mir wünsche. Ich wünsche mir im Gegenteil Abrüstung und dass die gesparten Milliarden für eine solidarische, soziale Politik genutzt werden.
Und ich wünsche mir eine echte Bürgerbewegung von unten, die offen legt, wo es in der bisherigen Europapolitik rein um wirtschaftliche Interessen auch auf Kosten anderer geht. Die eine Vision von einer Europapolitik hat, die Europa zu einer echten Solidargemeinschaft machen könnte. Und aus der vielleicht sogar eine neue Partei entsteht, wie in Spanien, wo aus der Protestbewegung gegen soziale, wirtschaftliche und politische Missstände die Partei Podemus hervor ging und ins Parlament einzog.

AGORA FULDA

ZEITUNG FÜR MEINUNGSVIELFALT, KREATIVE KRITIK UND SATIRE

Impressum

Herausgeberkreis und Redaktionsteam (V.i.S.d.P.):
Felix Döppner, Katja Ecker, Elisabeth Rammler, Walter M. Rammler, Martin Uebelacker
Die Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes.
Postanschrift: Fotodesign Rammler, Luckenberg 1, 36037 Fulda
(Ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen)
Auflage 3.000 Exemplare / Druck: Megadruck.de, Westerstede / Erscheint dreimonatlich und wird kostenfrei verteilt. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln oder Bildern können über das Redaktionsteam angefragt werden.
redaktion@agora-fulda.de / www.agora-fulda.de / www.facebook.com/AGORAFD
Auf unserer Homepage finden Sie die kompletten Ausgaben zum Download. Teilen Sie uns mit Ihren Freunden und laden Sie diese zu uns ein.
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder andere Zusendungen. Namentlich genannte Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Unsere Kontoverbindung (freundlicherweise durch KÖK e.V. zur Verfügung gestellt):

IBAN: DE38 5305 0180 0040 0097 93
BIC: HELADEF1FDS
Sparkasse Fulda
Verwendungszweck: AGORA Fulda

Scheiß Radfahrer!!! $&%§!“

Die Geschichte von einem, der auszog, um das Fluchen zu lernen.

Kerle, Kerle, Kerle, pass doch auf. Idiot! Fährt mit seinem Drecksklapperrad knappe dreißig Zentimeter an meinem nagelneuen SUV vorbei, nur weil ich mit zwei Rädern auf seinem beschissenen Radweg stehe, weil die verdammte Fahrbahn einfach scheiße eng ist. Und sowas nennt sich Vorfahrtsstraße. Die Pfeife vor mir kommt nicht in die Gänge und ich schon wieder nicht bei Grün über diese abgefuckte Ampel. Und das am frühen Morgen! Und der Arsch hat wohl das Straßenrecht für sich geklaut und hat auch noch freie Bahn bis zur Kreuzung. Wieder so ‘n Kampfradler, der wahrscheinlich bei Rot einfach drüberfährt.

Ach nee, will der mich ärgern? Bleibt einfach stehen und wartet auf Grün. Hah, gegenüber fährt einfach einer über den Gehweg. Hab ich ihn erwischt, diesen Studentenhippie mit Rennrad. Mann, Alter, fahr doch, es ist grüüüüüüühüüün! Na endlich, Depp, fährt zum Glück geradeaus. Jetzt ist die Abbiegespur frei und da vorne gibts eh einen grünen Pfeil, da brauch ich nicht anhalten… oh nee, echt, oder? Da kommt neben mir so ‚n tattriger Opa mit seinem Elektrobike und will auch noch geradeaus, dann so ein Möchtegern-Hipster ohne Gangschaltung und hintendran noch jemand, der neben seinem Gör herfährt und Einschlafgeschichten erzählt. Kommt endlich in die Gänge, Lahmärsche! Ihr meint wohl, ich hätte den ganzen Tag Zeit. Blöde Wichser! Welcher Idiot hat sich diese Straßenführung eigentlich ausgedacht? Radspuren, die geradeaus gehen, wenn ich abbiegen kann. Straßen, die viel zu schmal sind und Ampelschaltungen, wegen denen ich jeden Tag kotzen könnte. Nur Pappnasen, wahrscheinlich alles Beamte…

Ej, haste ‘ne Macke?

Siehst du nicht, dass ich hier abbiegen will? Nur weil dein Radweg über den Bürgersteig läuft, meinst du Schnepfe auch noch, du kannst einfach weiterfahren? Lebensmüde oder was? Ich wickel dir dein Hollandrad gleich um den Hals! Und reagiert nicht mal, wenn ich hupe…

Pass doch auf! Was soll das Geklingel? Ich zieh dir deine verfickte Klingel gleich durch den Gehörgang! Mir doch egal, ob hier ‚n Radweg ist und du musst halt aufpassen, wenn ich meine Tür aufmach. Ich parke, wo es mir passt. Muss schließlich meinen Sohn direkt vor der Schule rauslassen und hier ist kein verdammter Parkplatz frei und der Scheiß-Bus steht doch schließlich auch da. Wehe, wenn mein Auto ‘nen Kratzer kriegt, dann passt du hinterher in dein eigenes Tretlager, du Wurst! Was willst du eigentlich, Blödmann?

Oh nee, schon wieder Stau im Tunnel. Welches Hirn hat sich eigentlich diesen Blödsinn ausgedacht, hier an der Hauptstraße so ein scheißenges Ding zu bauen, in dem immer Stau ist und sich die Schlangen durch die ganze Röhre ziehen? Die Schüler habens gut, fahren einfach über den Tunnel und ich schieb mich hier zwischen lauter Blech durch und krieg auch noch die Abgase von dem fucking VW in die Nase. Mach deine Möhre aus, du Sack! Das darf doch nicht wahr sein! Jetzt machen die hier mitten im Frühling eine Baustelle und ich komm nicht voran, weil da schon wieder so ‘ne Radfahrerin vor mir her fährt. Ständig Gegenverkehr und ich kann nicht überholen. Aber jetzt... wird zwar knapp, aber egal. Soll se halt Platz machen oder ihr doofes Ding schieben. Wie? Jetzt auch noch meckern, nur weil ich sie fast gestreift habe? Hau bloß ab, du… du… du, ach scheiß drauf!

Eine altbekannte Weisheit: „Kampfradler“ haben viele Gesichter. (Foto: gemeinfrei, pixabay.com)

Die kann mich mal!

Ich könnt kotzen. Die ganzen Ökospinner mit ihrem durchgeknallten Umweltwahn. Hier haben freie Bürger freie Fahrt und schließlich hab ich ‘ne grüne Plakette. Da könnt ihr mir sonst was von Drais und 200 Jahre Fahrrad erzählen. So lange der Sprit billig ist, fahr ich wann und wohin ich will! Wir sind schließlich in Fulda und da ist für Radfahrer kein Platz, alte Fröscheträger, verdammte! Ich könnt die ganzen Deppen hier manchmal echt gegen die Wand knallen!
Puh, endlich an der scheiß Arbeit, wird auch Zeit… Morgen Chef, schickes Rad haben Sie da. Echt? Nagelneu? Toll! Ja, Sie wirken echt locker und fit heute Morgen.
Mir? Ja, mir geht’s gut, ich bin total tiefenentspannt!

Naturdenkmäler und Naturschutz

Ein Beitrag von Wolfgang Hautumm

Recherchiert man im Internet nach Naturdenkmälern in Hessen, so findet man bei Wikipedia sehr schnell und übersichtlich alle Gemeinden aufgelistet mit ihren schützenswerten Naturdenkmälerbeständen. Dabei werden die Standorte, die Besonderheiten und die Registrierungsnummern aufgeführt. Zum Teil sind auch Abbildungen dabei. Einzig Fulda fehlt. Der Artikel „Liste der Naturdenkmale in Fulda“ existiert nicht.

Nicht dass es solche Denkmäler nicht gäbe, am Neuenberg zum Beispiel stehen mehrere alte Eichen unter Naturschutz. Und nach weiteren mühsamen Recherchen findet man dann auch heraus, dass es in der Tat 87 Naturdenkmäler in Fulda gibt. Aber wo sind die? Das wissen offensichtlich nur die Menschen, die in ihrer Umgebung wohnen. Ein Anruf beim „Städtischen Grünflächenamt“ bestätigt, dass es eine digitale Aufstellung der Naturdenkmäler in Fulda bisher nicht gibt, nur analoge Listen auf Papier existieren. Und zuständig für die Naturdenkmäler sei sowieso die „Untere Naturschutzbehörde“, das Grünflächenamt kümmere sich nur um städtische Grünflächen.
Auf der offiziellen Internetseite der Stadt Fulda liest man allerdings:
„Im Stadtgebiet gibt es unter den alten Bäumen zur Zeit 87 ausgewiesene Naturdenkmale, die aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit unter Schutz gestellt wurden.“
und weiter
„Bäume in der Stadt sind kostbar, denn durch sie wird die Stadt belebt und zum Wohlfühlort für uns Menschen. Die Erhaltung eines gepflegten und gesunden Baumbestandes sowie dessen Weiterentwicklung ist für die Stadt Fulda ein wichtiges Anliegen.
Neben der Führung eines Baumkatasters sind Schutz- und Pflegemaßnahmen sowie die Sicherheit des öffentlichen Baumbestandes wichtige Aufgaben des Grünflächenamtes. Es ist aber auch Pflicht eines jeden Grundstückeigentümers, für die Sicherheit der Bäume auf seinem Grundstück zu sorgen. In diesem Zusammenhang wird auch eine Baumberatung für private Bäume von Seiten des Grünflächenamtes und ggf. der Unteren Naturschutzbehörde in geeigneter Weise durchgeführt.“

Auf der offiziellen Seite der Stadt Fulda gibt es einen interaktiven Stadtplan, und auf dem sind unter der Rubrik „Stadtgrün und Naturschutz“ und der Unterrubrik „Naturdenkmäler“ von den 87 Objekten ganze 6 aufgeführt, ohne allerdings genauer spezifiziert zu werden. Das Grünflächenamt begründet diese Zurückhaltung u.a. mit dem Schutz vor Vandalismus. Ist das wirklich so? Es stellt sich erneut die Frage, warum es keine Baumsatzung für die Stadt Fulda gibt. Und warum wehrt man sich von Seiten der Stadt seit Jahren dagegen? Das alles läßt den Verdacht aufkommen, in Fulda sind Naturdenkmäler eher lästig, störend und am liebsten möchte man sie los werden… Schade.
Nehmen wir also die Stadt beim Wort: „Bäume in der Stadt sind kostbar…“ Am Heiligenfeld 12 am Neuenberg stehen zwei wunderschöne alte Eichen am Rande eines neu zu bebauenden Grundstücks. Es geht das Gerücht um, diese Bäume sollen gefällt werden. Ist die Stadt Fulda bereit, einen Bestandsschutz für diese beiden Bäume zu geben? Ist das Gerücht, dass sie fallen sollen, falsch? Ist die „Untere Naturschutzbehörde“ bereit zu prüfen, ob diese beiden alten und gesunden Eichen unter Naturschutz gestellt werden können?
Wenn erst die Männer mit der Säge unterwegs sind, ist der Erhalt der Bäume nach 10 min obsolet…
Eine Nachfrage bei Herrn Storch von der „Unteren Naturschutzbehörde“ ergibt, die Bäume sind im Blick der Behörde: Der eine Baum, der zum Teil auf städtischem Grund steht, soll auf jeden Fall erhalten bleiben; für den zweiten Baum läuft im Zusammenhang mit dem Bauantrag eine Prüfung, ob das Bauvorhaben auch unter Erhaltung des Baumes realisiert werden kann. Es wäre wünschenswert.
Vielleicht hilft es dem Baum, wenn er zum Naturdenkmal erklärt wird. Richten Sie doch den Wunsch danach an die Untere Naturschutzbehörde.

Kontakt zur Unteren Naturschutzbehörde finden Sie hier:

Untere Naturschutzbehörde

Palais Altenstein
Schlossstraße 6
36037 Fulda

Telefon: 0661 102-1685
Telefax: 0661 102-2885

E-Mail: naturschutz@fulda.de

Um diese Bäume (rechte Straßenseite) geht es. (Foto: Wolfgang Hautumm)

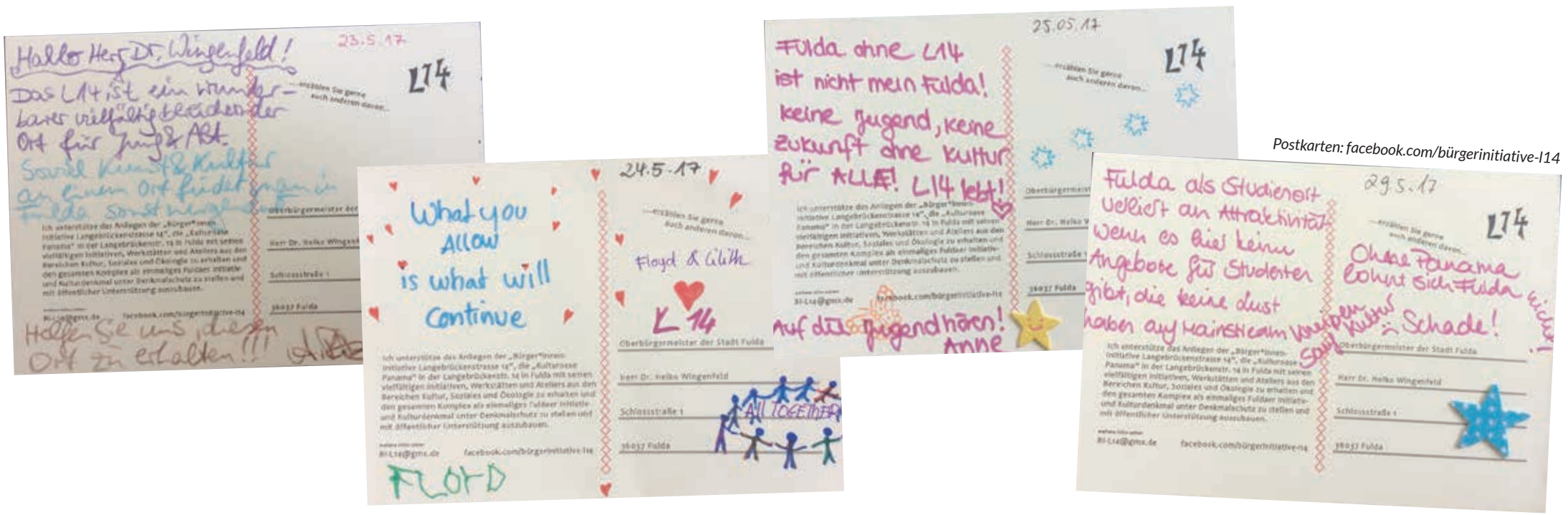
Wider die Wegwerfkultur

In Schweden lohnt sich das Reparieren von Gebrauchsgegenständen jetzt doppelt.
Seit dem 1. Januar 2017 ist ein neues Gesetz in Kraft, das die Mehrwertsteuer für die Reparaturkosten von Toastern, Schuhen, Fahrrädern, Handys, Möbeln etc. halbiert. Für Reparaturen zu Hause, zum Beispiel an der Waschmaschine oder dem Kühlschrank, kann außerdem die Hälfte der anfallenden Arbeitskosten für den Handwerker von der Steuer abgesetzt werden.
Die rot-grüne Regierung erhofft sich von diesen finanziellen Anreizen eine Rückkehr zur Reparaturkultur früherer Zeiten. Wird nämlich Reparieren statt Wegwerfen wieder zur Selbstverständlichkeit, lässt sich laut einer der Gesetzesänderung voraus gegangenen Studie die Abfallmenge auf das Niveau von vor 15 Jahren senken. So werden Ressourcen geschont und die Natur geschützt.
Wer auch ohne staatliche Belohnung einen nachhaltigen Lebensstil pflegen will, ist in Fulda in der Erneuer.Bar, dem Reparatur-Café in der Langebrückenstraße 14 an der richtigen Adresse. Hier kann man kostenlos und unter ehrenamtlicher Anleitung erfahrener „Repairer“ seine defekten Geräte und Gegenstände reparieren und in gemütlicher Caféatmosphäre fachsimpeln. Es gibt feste Zeiten für IT&Technik, Elektronik&Mechanik sowie Termine für Holz&Textil nach Absprache.
Mehr Infos hier:
http://erneuerbar-fulda.de/

Die letzte Seite

„Die Vertreibung aus dem Paradies“

Anlässlich der immer wieder kreativen Aktionen der Bürger*innen-Initiative L14 zeigen wir uns von der AGORA solidarisch und wollen hier, auf der *letzten Seite* noch einmal auf diesen wunderbaren Ort mit seinen vielen und vielfältigen Initiativen aufmerksam machen.



Postkarten: facebook.com/bürgerinitiative-l14

Die **AGORA** war im antiken Griechenland der zentrale Fest-, Versammlungs- und Marktplatz einer Stadt. Für das demokratische Zusammenleben in einer Gemeinschaft kam ihr eine herausragende Rolle zu. Der Marktplatz galt als Merkmal einer selbstständigen Stadt.

Die **AGORA** Fulda als unabhängige Zeitung von Bürgern für Bürger ist ein Marktplatz der Ideen für kreative Kritik und Auseinandersetzung mit regionalen und gesamtgesellschaftlichen Themen. Wir wollen die Fuldaer Medienlandschaft erweitern und zur freien Meinungsbildung beitragen.

Wir arbeiten ohne Entgelt, sind werbefrei, unsere Auflage wird kostenlos verteilt. Daher sind wir auf Spenden zur Finanzierung der Druckkosten angewiesen. Bauen Sie mit uns am Marktplatz der Demokratie und seien Sie dabei mit einem Pflasterstein-Soli-Abo!

Abobestellung

☐ Ja, ich baue an der **AGORA** Fulda mit! Ich fördere die Zeitung
☐ einmalig ☐ jährlich bis auf Widerruf mit
☐ 20,- € ☐ _____ €
und erhalte einen Pflasterstein als Geschenk.

☐ Hiermit ermächtige ich den Förderverein für Kultur, Ökologie und Kommunikation e.V. für die **AGORA** Fulda widerruflich den o.g. Betrag zu Lasten meines Kontos
IBAN _____
durch Lastschrift einzuziehen.

☐ Ich werde andersweitig politisch aktiv und nehme nur den Stein.

_____

_____

Datum, Unterschrift (Bitte unbedingt vollen Namen und Adresse angeben.)